

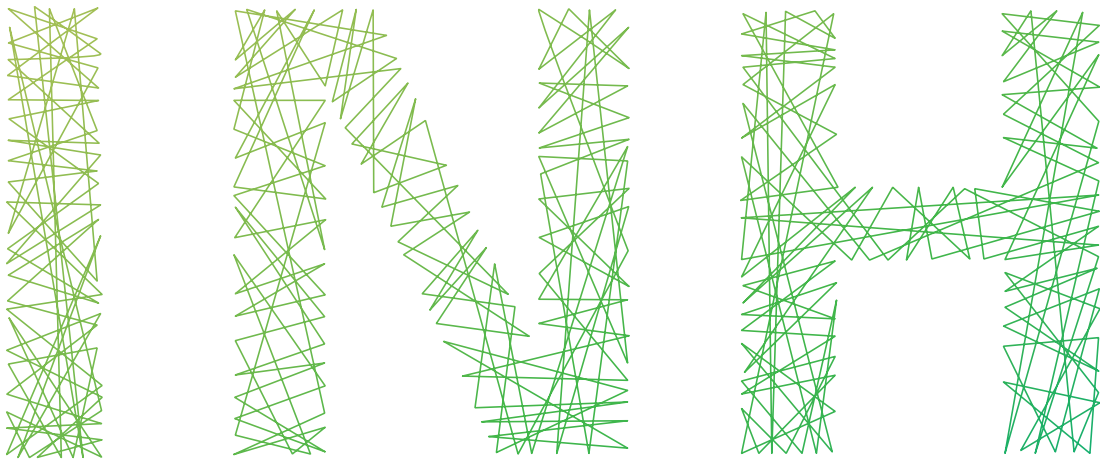


Landeshauptstadt
München

Europa-Jahresbericht 2015



M  **DICH**
MÜNCHEN MAG DICH
EUROPA VERBINDET



München & Europa

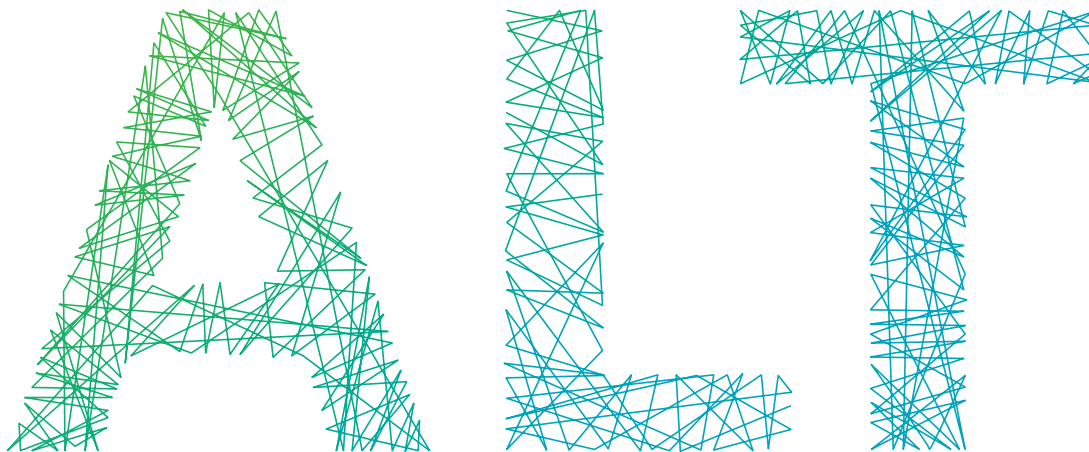
München ist gut vernetzt	3
Stadtratskommission Europa	4
Europa mitgestalten	5

Strategie

Mitspracherecht der Kommunen stärken Städtische Interessen engagiert vertreten	7
München beteiligt sich am Meinungsbildungsprozess	9
Gemeinsam die Rahmenbedingungen von TTIP verbessert	11
Mehr Einfluss der Städte durch eine urbane Agenda	12
Alpenraumstrategie auf den Weg gebracht	13
Workshop zur Erneuerung der strategischen Zusammenarbeit Attraktive Förderperspektiven „Start Transnational!“ lohnt sich für München Förderung beantragt für Fernkältenetz	14
Erfolg für München: EU-Kommission wählt Projekt „Smarter Together“ aus	15
Nachhaltige Städte	16
Partner Münchens Erste Bürgerinformation zu „Smarter Together“	17
Erfolgreiches Networking	18
Die Münchner Forderungen	19
Agrarpolitik hat Einfluss auf die Stadtgüter	20
München unterstützt Beylikdüzü beim Aufbau eines Fahrradnetzwerks	21

Netzwerke

Hochkarätige CEMR-Tagung	23
EUROCITIES engagiert sich für mehr Lebensqualität in Europas Städten	24
Kulturforum: Nachhaltige Münchner Projekte Wirtschaftsforum: Best Practice	26
Sozialforum: Grüne Arbeitsplätze für die soziale Inklusion und Integration	27
Inklusion bei der Mobilität fördern Verantwortung als öffentlicher Auftraggeber	28
Neues Netzwerk fördert die Jugendarbeit München vernetzt sich weltweit für Bildung und kulturelle Vielfalt Treffen der EU-Koordinatoren bayerischer Kommunen	29



Kommunikation

Reden über Europa	31
Europa transparenter machen	32
Die EU und die Medien Engagiert für den Frieden in Europa	33

Projekte

Interaktiver Routenplaner für Radler Sieben Millionen Euro von der EU für Qualifizierungsprogramme	35
Eine erfolgreiche Kombination: EU-Projekte und Künstlerresidenzprogramme	36
Menschen auf der Flucht	37
Zu frühe Schulabgänge verhindern Meldungen	38
Studieren und restaurieren auf dem Campo Santo Teutonico	39
Rückkehrhilfe wichtiger denn je Dänische Delegation beim Modell „Wohnen im Viertel“	40
„Primary Nursing“ als Vorbild für München	41
Vier wechseln die Perspektive Meldungen	42
Kindertag	43
Die Stadtverwaltung denkt bunt	44
Entschieden gegen Diskriminierung Inklusionspreis „JobErfolg 2015“	45
Know-how-Transfer für mehr Energieeffizienz Kooperationen mit Kiew	46
Menschenrechtsarbeit in Kiew Projekt zum Umgang mit HIV/Aids	47
Münchener Feuerwehr europaweit integriert Meldungen	48
2015: Europäisches Jahr für Entwicklung Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung	50
Florale Erlebniswelten	51

Anhang

Titel: Unser Titelbild zeigt die Stadtansicht von Edinburgh, die sich im Wasser vor Schloss Nymphenburg spiegelt.

MUNU

CHEN

REU

ROPA



München ist gut vernetzt

Vorwort von Bürgermeister Josef Schmid,
Leiter Referat für Arbeit und Wirtschaft
der Landeshauptstadt München

Der Ruf nach einer angemessenen Einbeziehung der Kommunen und Regionen in die EU-Politik und einer besseren Abstimmung der EU-Maßnahmen auf deren Realität wird immer lauter. Die urbane Agenda der EU nimmt immer konkretere Formen an. München engagiert sich deshalb intensiv in EU-Netzwerken wie unter anderem dem CEMR (Council of European Municipalities and Regions). Ich bin überzeugt davon, dass wir nur gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen finden können, mit denen wir innerhalb der Union zu tun haben, vor allem aber auch für die Probleme, die von außen auf uns zukommen. Zwei der drängendsten Herausforderungen waren für mich 2015 die hohe Anzahl von Flüchtlingen, die monatlich nach Europa kommen, und die Europäische Nachbarschaftspolitik.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik benötigt mehr politische und öffentliche Aufmerksamkeit. Sie ist entscheidend für die abgestufte (graded) Integration vieler unserer Nachbarn. Meiner Ansicht nach ist

eine stärkere Berücksichtigung der regionalen und kommunalen Ebenen im Austausch mit EU-Nachbarstaaten erforderlich. Regionale Partnerschaften und Städtepartnerschaften liefern wichtige Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit. Der persönliche Austausch, wie ihn zum Beispiel die CEMR-Tagung möglich macht, ist wichtig, damit wir uns europaweit zum Wohl unserer Kommunen und Regionen abstimmen können. So gestalten wir Europa aktiv mit. Deshalb sind wir stolz darauf, dass das wichtigste Gremium des CEMR, das Policy Committee, im Juni 2015 mit etwa 150 Funktionären hier in München tagte. Nach der EURO CITIES-Jahreskonferenz im November 2014 mit rund 550 Teilnehmenden ist das für uns erneut eine Bestätigung dafür, wie gut wir in den Netzwerken der Europaarbeit verankert sind, und welche wichtige Rolle wir dabei spielen.

In einem immer stärker zusammenwachsenden Europa kooperieren nicht nur Unternehmen, sondern auch Behörden und Verwaltungen, um so gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu finden. Viele dieser Herausforderungen sind mittlerweile überhaupt nur grenzüberschreitend lösbar. Gerade die Krisen 2015 haben gezeigt, dass es wichtige Bereiche gibt, in denen

Europa mehr Gemeinsamkeit und mehr Einigkeit an den Tag legen muss, in denen nur ein starkes Europa wirklich etwas bewirken kann. In vielen Bereichen nehmen Städte eine Schlüsselfunktion ein und sind damit ernst zu nehmende Akteure zur Bewältigung dringender Fragen. Wie beim Klimawandel, was auch die 21. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention, kurz COP21, in Paris gezeigt hat.

Ein gutes Beispiel für europäische Zusammenarbeit ist das Projekt „Smarter Together“. Der Antrag dazu wurde mit Partnern aus der Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet und im Mai 2015 eingereicht. Wir freuen uns sehr, dass wir zusammen mit Lyon und Wien den Zuschlag für „Smarter Together“ von der EU erhalten haben. Die EU-Kommission lobte die von uns gewählte Balance zwischen smarten Technologien und gesellschaftlichen Dimensionen: Smarte und integrative Lösungen sollen die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erhöhen.

Das hat die Kommission offensichtlich überzeugt. Weitere Partner neben den drei „Leuchtturm-Städten“ sind die „Follower-Städte“ Santiago de Compostela in Spanien, die bulgarische Hauptstadt Sofia sowie Venedig in Italien, daneben die Nicht-EU-Städte Kiew in der Ukraine sowie Yokohama in Japan als Beobachter. Insgesamt fließen 24,7 Millionen Euro an europäischen Fördergeldern an das Konsortium, davon 6,85 Millionen Euro an den Münchner Verbund. Führende europäische Industrie- und Forschungspartner sowie hochspezialisierte Klein- und

mittelständische Unternehmen aus mehreren europäischen Ländern konnten für das „Smarter Together“-Konsortium gewonnen werden.

Austausch ist wichtig. Das ist uns bewusst. Die Stadt München beteiligt sich daher stark in zahlreichen europäischen Netzwerken, Arbeitsgruppen und Institutionen und hat sich einen dementsprechend guten Ruf erarbeitet. Und hat schon viel bewegt.

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung hat die Entscheidung des Münchner Stadtrats geleistet, im Jahr 2010 einen eigenen Fachbereich für Europa-Angelegenheiten einzurichten.

Im Referat für Arbeit und Wirtschaft werden seitdem die Aktivitäten der Stadt vom Fachbereich Europa gebündelt. Neu hinzugekommen ist Anfang 2016 die Stelle für Internationale Angelegenheiten, die die Aktivitäten der Stadtverwaltung zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit koordiniert. Sie initiiert und betreut internationale Projektpartnerschaften der Stadt München und begleitet die Projektarbeit der städtischen Referate.



Stadtratskommission Europa

Die Stadtratskommission Europa ist ein beratendes Organ für den Stadtrat mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen. Sie befasst sich mit kommunal relevanten Initiativen der EU, mit EU-Projektanträgen der städtischen Fachreferate, mit Förderprogrammen und mit Stellungnahmen zu Konsultationsverfahren der EU, die von der Stadt direkt an die EU-Kommission gehen.

Mitglieder mit Stimmrecht sind:

- Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
- Manuel Pretzl, CSU
- Dr. Manuela Olhausen, CSU
- Ulrike Boesser, SPD
- Jens Röver, SPD
- Lydia Dietrich, Die Grünen/Rosa Liste
- Gabriele Neff, FDP
- Ursula Sabathil, AG BM/AFD (bis September 2015)
- Sonja Haider, ÖDP (ab September 2015)



Europa mitgestalten

Interview mit Henriette Wägerle, Leiterin des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft

Was stand 2015 für Sie im Vordergrund bei der Europa-Arbeit?

Was den zeitlichen Umfang angeht, hat sicher unser Projektantrag „Smarter Together“ viel Raum eingenommen. Es gab über 40 Städte-Konsortien, die sich mit einem Smart-Cities-Projekt beworben hatten, nur vier wurden ausgewählt. Zusammen mit unseren Partnern Wien und Lyon hatten wir rein rechnerisch daher nicht wirklich gute Chancen. Umso größer war natürlich unsere Freude über diesen außerordentlichen Erfolg. 2015 war insgesamt ein wichtiges Jahr für die Projektentwicklung: Mit Civitas oder Microvation wurden zahlreiche Großprojekte zur Förderung eingereicht. Ob auch diese erfolgreich sein werden, wird sich 2016 zeigen. Wir entwickeln Projekte intensiv mit Kolleginnen und Kollegen aus den städtischen Referaten und setzen sie gemeinsam um.

Wie passt „Smarter Together“ in die Europa-Strategie der Landeshauptstadt?

Städte nehmen in vielen Bereichen wie zum Beispiel beim Klimaschutz oder beim Gestalten des Zusammenlebens eine Schlüsselfunktion ein. Das wird seitens der EU immer mehr anerkannt, die Smart-Cities-Ausschreibung ist eine Konsequenz daraus. In unserem „Smarter Together-Projekt“ fokussieren wir auf Energieeffizienz, Mobilität und neue Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Die EU fördert die innovativen Anteile, also das, was wir zum bisher Geplanten noch draufsetzen, um ganz neue Wege gehen zu können. Außerdem ermöglicht uns das Projekt den Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Großstädten.

Wie stellen Sie sicher, dass München bei der EU wahrgenommen wird?

Wir vertreten unsere Interessen sehr aktiv und suchen uns für die Durchsetzung leistungsstarke Partner. Das sind vielfach Städtenetzwerke wie Eurocities oder der CEMR (Council of European Municipalities and Regions), für den wir im Sommer die Halbjahrestagung des Policy Committee in München ausrichten durften. Außerdem beteiligen wir uns an Konsultationen, die die EU anstößt. In diesem Jahr haben wir zur Arbeitszeitrichtlinie, zur Energieeffizienz, zum Verkehr, zum Thema

Gleichstellung sowie zur Kreislaufwirtschaft und Abfallpolitik Stellung genommen. Wir arbeiten dabei sehr eng mit allen städtischen Referaten zusammen.

TTIP ist ein Dauerbrenner für Sie und Ihr Team?

Ja, das kann man so sagen. Seit 2013 sind wir an dem Thema dran, 2015 konnten wir die ersten Erfolge sehen: Das EU-Parlament hat sich geäußert. Besonders erfreulich ist aus Münchner Sicht, dass es unseren Positionen in nahezu allen Aspekten zustimmt, so wie sie im Forderungskatalog des Münchner Stadtrats vom Oktober 2014 formuliert wurden. So sollen zum Beispiel Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, Sozialversicherung und Bildung vom Anwendungsbereich der TTIP ausgeklammert werden.

Wie nehmen Sie Bürgerinnen und Bürger mit beim oft schwierigen Thema Europa?

Wir haben zum Beispiel für Jugendliche im Herbst eine Messe extra für Fragen rund um Auslandsaufenthalte durchgeführt. Ob es um Freiwilligendienste, Schüleraustauschprogramme und Ähnliches ging, zu allem gab es kompakte Infos. Organisiert hat das unser Bürgerinformationszentrum Europe Direct München & Oberbayern, das wir gemeinsam mit der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig betreiben. Wie wichtig das Informationszentrum ist, zeigte sich dieses Jahr durch immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die mit kritischen Fragen kommen. Die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EU lösen offensichtlich viele Ängste aus. Beim Europa-Tag im Mai konnten Münchnerinnen und Münchner mit EU-Abgeordneten ins Gespräch kommen. Außerdem gab es ein breites Infoangebot auf dem Marienplatz und auch die Unterhaltung kam durch Tanz und Musik nicht zu kurz. Denn speziell an diesem Tag ist es uns wichtig, Europa auch zu feiern. Das lag dieses Jahr besonders nahe, da der Münchner Europa-Tag am 8. Mai, 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, stattfand.

S

T

R

A

T

E

G

T

E

Mitspracherecht der Kommunen stärken

Eines steht fest: Die sektoralen EU-Politikfelder zielen zunehmend auf städtische Gebiete ab. In den Bereichen Energie, Informationsgesellschaft, Umwelt, Verkehr oder Bildung und Kultur werden Initiativen unterstützt, unter anderem über die Europäische Innovationspartnerschaft „Intelligente Städte und Gemeinschaften“, die Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“ oder die Initiative „Mayors Adapt“. Zudem betrifft die europäische Rechtsetzung, zumindest indirekt, städtische Belange immer nachhaltiger. Angefangen von Richtlinien über Lärm oder Luftqualität, die Ziel- und Grenzwerte für Feinstaub festlegen, bis hin zu Migrationsmaßnahmen wie ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“. Dabei müssen die

Städte ihrer Verantwortung bei der Durchführung des EU-Rechts oder aber auch bei der Umsetzung der Europa-2020-Strategie nachkommen.

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat die Interessenvertretung der Städte und Gemeinden einen legalen Rahmen mit Art. 11 EU-Vertrag bekommen. Im Einzelnen umfasst er die partizipative Demokratie in einem horizontalen und vertikalen zivilgesellschaftlichen Dialog, in bereits bestehenden Konsultationspraktiken der Kommission sowie in der neuen Europäischen Bürgerinitiative. Diese Entwicklungen sind ein großer Schritt zur Etablierung einer Mehr-Ebenen-Politik (Multi-Level-Governance), die ein besseres Mitspracherecht vieler verschiedener Akteure gewährleistet.

Städtische Interessen engagiert vertreten

Die Landeshauptstadt München nimmt ihre Verantwortung wahr, die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger auf allen politischen Ebenen zu vertreten. Der Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) hat die Aufgabe, Lobbying in referatsübergreifender Abstimmung zu betreiben, um kommunal-relevante Themen in der EU zu beeinflussen. Der Interessenvertretung stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung.

Die Erfolge der vergangenen Jahre zeigen, wie wichtig die aktive kommunale Interessenvertretung ist. Das geschieht unter anderem über die Teilnahme an öffentlichen Konsultationen der EU-Kommission. Dabei nutzt München die Möglichkeit, sich während der verschiedenen Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu äußern. Wird ein Thema als besonders wichtig für München erachtet, erfasst der Fachbereich Europa, meistens in Zusammenarbeit mit den städti-

schen Fachreferaten, die Position der Landeshauptstadt München in einer Stellungnahme. Je nach Thema findet eine Abstimmung mit dem Stadtrat statt, etwa bei der Gleichstellungsstrategie oder dem Freihandelsabkommen TTIP.

Zusammenhänge verstehen

Um erfolgreich die Interessen vertreten zu können, bedarf es eines Verständnisses des Zusammenspiels der verschiedenen politischen Ebenen. Das heißt, europäische Interessenvertretung muss auch

auf Landes- und Bundesebene ansetzen. Nur so können der europäische Gesetzgebungsprozess, aber auch die entsprechenden Strategien und Förderprogramme mitgestaltet werden, die auch München nützen, wie zum Beispiel die makroregionale Alpenraumstrategie /EUSALP. Unerlässlich für die erfolgreiche Interessenvertretung ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit. Als einzelner Akteur kann man nur schwer Druck ausüben. Deshalb wird das städtische Lobbying, je nach Thema, sehr





oft von Partnern wie dem europäischen Städtenetzwerk EUROCITIES, dem Bayerischen oder dem Deutschen Städtetag sowie anderen Dachverbänden flankiert.

Quo vadis?

Lobbying auf europäischer Ebene steht seit Jahren unter heftiger Kritik. Größter Kritikpunkt ist die mangelnde Transparenz, vor allem, wer mit welchen Interessen an den unterschiedlichen Gesetzgebungsverfahren beteiligt ist. Die EU-Organe interagieren mit vielen Gruppen und Organisationen, die Sonderinteressen vertreten. Dies ist ein legitimes und notwendiges Element des Entscheidungsprozesses, um dafür zu sorgen, dass die politischen Maßnahmen der EU die wirklichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln. Für München steht jedoch fest, dass die Bürgerinnen und Bürger erwarten können, dass die Entscheidungsfindungsprozesse der EU so transparent und offen wie möglich verlaufen.

Gegen Registrierung

Die EU-Kommission und das EU-Parlament haben ein verpflichtendes Europäisches Transparenzregister für Lobbyisten eingeführt. Die

Einrichtung des Transparenzregisters erfolgte mit dem Ziel, Antworten auf Kernfragen zu geben wie: Welche Interessen werden verfolgt? Wer verfolgt diese Interessen? Welche Finanzmittel stehen zur Verfügung? Die im Transparenzregister enthaltene Verpflichtung für Kommunen sich als „Lobbyisten“ registrieren zu lassen, lehnt die Landeshauptstadt München jedoch, wie andere Städte auch, ab. Kommunen und ihre gewählten Vertreter können nicht mit Konzernen, Firmen, Wirtschaftsverbänden gleichgestellt werden. Eine derartige Gleichsetzung wurde auch vom Bundesrat kritisiert und ist Gegen-

stand von Diskussionen des Deutschen Städtetags, des Bayerischen Städtetags, von CEMR/RGRE, EUROCITIES und zahlreicher europäischer Kommunen. Die Landeshauptstadt tritt entschieden gegen die Verpflichtung zur Registrierung für Kommunen auf europäischer Ebene ein.

Erfolgreiche Arbeit

Die nun schon über mehrere Jahre andauernde aktive Interessenvertretung Münchens in Europa hat sich in jedem Fall bezahlt gemacht. Viele Erfolge sind zu verzeichnen, allen voran im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, im Bildungs- und Umweltbereich oder in der Abfallwirtschaft. Ein konkretes Beispiel, wie wichtig die Einflussnahme ist, ist die Resolution des EU-Parlaments zum Freihandelsabkommen der EU und USA: Das EU-Parlament hat den Münchner Forderungen nahezu in allen Punkten zugestimmt.



München beteiligt sich am Meinungsbildungsprozess

Sobald die EU-Kommission eine neue politische Initiative oder die Überarbeitung bestehender Rechtsvorschriften plant, befragt sie die Öffentlichkeit in Form einer Konsultation. Sie holt also die Meinung von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern ein und wägt die Experten von außen ab. München beteiligt sich rege an diesem Meinungsbildungsprozess.

Mehr unter
 www.muenchen.de/europa

Arbeitszeit-richtlinien

Im März 2015 äußerte sich die Landeshauptstadt zur Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Die Richtlinie legt für alle Mitgliedsstaaten gemeinsame Mindestanforderungen für den Arbeitnehmerschutz fest. Dazu gehören tägliche und wöchentliche Ruhepausen, eine Ruhepause während der Arbeitszeit, die Beschränkung der Wochenarbeitszeit, ein garantierter bezahlter Jahresurlaub von mindestens vier Wochen und der besondere Schutz von Nachtarbeitern. Sie enthält Ausnahmeregelungen für bestimmte Berufsgruppen wie etwa Notfalldienste der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes sowie für das Gesundheitswesen.

Flexibilität contra wirkungsvollen Schutz

Durch die Entwicklungen vor allem im Bereich der Informationstechnologie haben sich die Anforderungen der Arbeitswelt stark verändert, wodurch eine Überarbeitung der Richtlinie notwendig war. Insbesondere was die Arbeitszeit und die Art der gewünschten Änderungen betrifft, bestehen noch erhebliche Differenzen zwischen den Interessenvertretern: Die Unternehmen wollen mehr Flexibilität, die Gewerkschaften mehr und wirkungsvolleren Schutz.

Hier spielt vor allem die Opt-out-Klausel eine Rolle, die es Arbeitnehmer und Arbeitgeber ermöglicht, individuell die 48-Stunden-Woche zu überschreiten. In der Münchner Stellungnahme wurde vor allem mehr Flexibilität gefordert:

- Überarbeitung der Definition von Arbeitszeit, insbesondere unter Berücksichtigung des inaktiven Bereitschaftsdiensts im Verhältnis zu tatsächlicher Arbeitszeit einschließlich aktiver Bereitschaftszeit.
- Abschaffung der Opt-out-Regelung unter der Bedingung, dass es den Arbeitgebern möglich ist, zusätzliche Abweichungen vorzusehen, sodass zum Beispiel Bereitschaftsdienste nur anteilig als Arbeitszeit angesehen werden.
- Die Richtlinie sollte weiterhin nicht für Arbeitnehmer gelten, die bei Notdiensten beschäftigt sind.
- Die Möglichkeit, den Bezugszeitraum auf zwölf Monate auszuweiten, soll bestehen bleiben.
- Ausgleichsruhezeiten sollen innerhalb von zwei Tagen gewährt werden.

Die Krankenhaus München GmbH hat als eigenständiger Arbeitgeber eine separate Stellungnahme abgegeben. Die EU-Kommission wird die eingegangenen Stellungnahmen sichten und auf der Basis der Ergebnisse weitere Vorschläge ausarbeiten.

Langzeitarbeitslose reduzieren

Anfang Mai reichte das Referat für Arbeit und Wirtschaft die Stellungnahme zur Verordnung zu Leistungen für Langzeitarbeitslose in den EU-Mitgliedsstaaten und auf EU-Ebene ein. Ebenfalls beteiligt war das Sozialreferat. Ziel der Konsultation war es, die Anzahl an Langzeitarbeitslosen zu reduzieren, und zwar durch einen Rahmenplan für die Mitgliedsstaaten zur verstärkten Unterstützung von Langzeitarbeitslosen. Die Stadt München plädiert in ihrer Stellungnahme für einen breiten lokalen Gestaltungsraum für individuelle sowie bedarfsgerechte Maßnahmen.



Europäische Nachbarschaftspolitik

Mitte 2015 hat die EU-Kommission eine Konsultation zur Zukunft der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eingeleitet, um den Rahmen für eine gründliche Überprüfung des dazugehörigen Strategiepapiers abzustecken. Ziel der ENP ist es, einen Ring stabiler, befreundeter Staaten um die EU herum zu etablieren. Die Landeshauptstadt München verweist in ihrer Stellungnahme darauf, dass viele der Herausforderungen der ENP direkt die lokale Ebene betreffen.

Die geplante Öffnung bestehender EU-Mobilitäts- und Gemeinschaftsprogramme für die ENP-Nachbarn würde durch eine stärkere Einbeziehung der Kommunen wesentlich erleichtert und in Teilen erst ermöglicht. Dies gilt für Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendaustauschprogramme ebenso wie für Unternehmenskontakte oder kommunale Partnerschaften. Aufgrund der Erfahrungen im Bereich der partnerschaftlichen Zusammenarbeit kann die lokale Ebene wesentliche Anreize zur Modernisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bieten.

München sieht in den Kommunen die Akteure, die maßgeblich zur Entwicklung beitragen können. Mit Fachwissen in vielen Handlungsfeldern wie Abfallentsorgung, Stadtentwicklung, Mobilität, Klimawandel, Umwelt, wirtschaftliche Entwicklung, Bürgerbeteiligung und Daseinsvorsorge bringen Kommunen wertvolle Kompetenzen in die Zusammenarbeit ein.



Gleichstellung

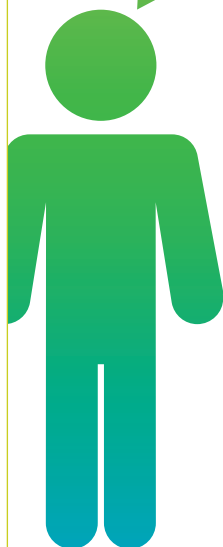
Die im Juli 2015 abgeschlossene Konsultation der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern war thematisch sehr umfangreich, ließ aber wenig Spielraum für eigene Inhalte und Anregungen. Abgefragt wurde die Meinung zur Prioritätensetzung bei Ungleichheiten, zur Erhöhung des Anteils von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, zum Thema Gewalt sowie zur Ausgestaltung der zukünftigen EU-Gleichstellungspolitik. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem durch gezieltere Maßnahmen zur gerechteren Aufteilung der Hausarbeit, bei der Kinderbetreuung und der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen war Thema.

Um auch eigene Positionen darstellen zu können, wird München zusätzlich eine separate Stellungnahme verfassen, die an die EU-Kommission sowie an ausgewählte Europaparlamentarier geschickt werden soll. Die Gleichstellungsstelle für Frauen, das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW), das Sozialreferat sowie das Referat für Bildung und Sport arbeiten daran, der Fachbereich Europa im RAW koordiniert Münchens Äußerungen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die neue Gleichstellungsstrategie der EU-Kommission für den Zeitraum 2015 bis 2020 einfließen. Eine Münchner Beteiligung an der Konsultation und die separate Stellungnahme sind umso wichtiger, als es unsicher scheint, ob es nach 2015 weiterhin eine neue und vor allem weiterhin eigenständige EU-Gleichstellungsstrategie geben wird.

Weißbuch Verkehr

Die EU-Kommission will das Weißbuch Verkehr, das in seiner vorliegenden Version aus 2011 stammt, neu auflegen. Auch München hat sich wieder an der Konsultation dazu beteiligt. Aus städtischer Sicht wird im Weißbuch zu wenig auf eine Vermeidung des weiteren Verkehrsanstiegs und auf eine Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel eingegangen. Für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene wird nach Meinung der Münchner Fachleute zu wenig getan. Besondere Berücksichtigung finden sollten die für Ballungsräume relevanten Pendlerbeziehungen, der verstärkte Einsatz neuer Mobilitätsformen sowie die Entwicklung städtischer Logistikkonzepte.

Als wichtige Herausforderungen nennt München den fehlenden Platz beziehungsweise die starke Flächenkonkurrenz in den Städten und die steigende Lärmbelastung. In der Stellungnahme weisen die städtischen Expertinnen und Experten außerdem darauf hin, dass gesetzliche Rahmenbedingungen der EU eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele des Weißbuches erschweren oder gar verhindern. Ebenso fordern sie, neben den Mitgliedsstaaten die Städte als Aus- und Endpunkte der meisten Verkehrsbeziehungen viel stärker in die Entwicklung von Verkehrsstrategien einzubeziehen. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat die städtische Stellungnahme koordiniert, das Referat für Gesundheit und Umwelt sowie das Referat für Stadtplanung und Bauordnung haben sich beteiligt.



Gemeinsam die Rahmenbedingungen von TTIP verbessert



München als größte Kommune Deutschlands verfolgt seit Juni 2013 kritisch die Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. Die Landeshauptstadt wies auf nationaler und auf europäischer Ebene beständig darauf hin, dass sich ein Freihandelsabkommen in dieser Dimension auf die Kommunen auswirken wird. Die Entwicklungen 2015 haben gezeigt, dass sich der Einsatz bezahlt gemacht hat und München wesentliche Interessen durchsetzen konnte.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde die Forderung Münchens und anderer kommunaler Vertreter, die Städte in den Prozess mit einzubinden, verwirklicht. Im Oktober 2014 hatte München einen umfassenden Forderungskatalog vorgelegt sowie mit EURO CITIES federführend eine Stellungnahme auf den Weg gebracht, die von einer Vielzahl europäischer Kommunen mitgetragen wurde.

„Bei allen Chancen, die TTIP gerade für die exportabhängige bayerische und Münchner Wirtschaft eröffnen kann, müssen die öffentliche Daseinsvorsorge und die Selbst-

verwaltung der Kommunen besonderen Schutz genießen“, erklärt der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft (RAW), Bürgermeister Josef Schmid, seine grundsätzliche Haltung zu TTIP. Der Fachbereich Europa im RAW hat sich aus diesem Grund zusammen mit kommunalen Spitzenverbänden beim Freistaat, beim Bund und bei der EU dafür eingesetzt, dass vor allem der Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge im Rahmen von Freihandelsabkommen nicht liberalisiert wird.

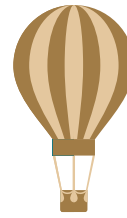
Verbraucherschutz achten

Im Juli 2015 stimmten die Europa-Abgeordneten für eine Resolution, in der sie sich für den grundsätzlichen Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP mit den USA aussprechen. Anerkannt wird, dass die EU stark handels- und exportabhängig ist und sowohl vom Handel als auch von regelbasierten Investitionen profitiert. Das Parlament steht dem Abkommen in einzelnen Punkten jedoch auch kritisch gegenüber und wünscht sich ein Abkommen, das nicht nur auf den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen zielt, sondern auch eine Handhabe zum Schutz von Arbeitnehmern und Umwelt bietet sowie in einem hohen Maße zum

Verbraucherschutz beiträgt. Bemerkenswert dabei ist, dass das EU-Parlament die Forderungen der Landeshauptstadt größtenteils übernommen und den Positionen Münchens in nahezu allen Aspekten zugestimmt hat, so wie sie im Forderungskatalog vom Oktober 2014 formuliert worden waren.

Das EU-Parlament stimmte unter anderem mit München darin überein,

- dass derzeitige und künftige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, einschließlich Wasserversorgung, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, Sozialversicherung und Bildung, vom Anwendungsbereich des TTIP auszuklammern sind.
- dass nationale und lokale Behörden auch weiterhin das uneingeschränkte Recht haben, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe, Organisation, Finanzierung und Erbringung öffentlicher Dienstleistungen einzuführen, zu erlassen, beizubehalten oder aufzuheben; diese Ausnahme sollte unabhängig davon gelten, wie die Dienstleistungen erbracht und finanziert werden.



Mehr Einfluss der Städte durch eine urbane Agenda

Bei der Urban Agenda geht es vor allem darum, welche Handlungsspielräume die EU bei der Städtepolitik hat, wie sich die EU-Politik auf die Städte derzeit auswirkt und wie sie sich in Zukunft auswirken soll. Die Landeshauptstadt beteiligt sich intensiv an der Diskussion, insbesondere im EUROCITIES-Netzwerk, das bei der Entwicklung der Urban Agenda im direkten Austausch mit der EU-Kommission steht.

Die Städte sind der Motor der europäischen Wirtschaft, sie bieten Arbeitsplätze und Dienstleistungen und fungieren als zentrale Katalysatoren für Kreativität und Innovation. Mittlerweile leben fast 70 Prozent der EU-Bevölkerung in städtischen Gebieten. Die Städte stehen jedoch auch vor den größten Herausforderungen: wirtschaftliche, soziale, ökologische und demografische Probleme, die oft miteinander verflochten sind.

Daher mehrten sich auf Ebene der EU, der Mitgliedsstaaten und der Regionen die Stimmen, die eine EU-Städteagenda für notwendig halten, damit die Städte ihren Sachverstand in die Entwicklung und die konkrete Umsetzung der EU-Strategien einbringen und diese Strategien wiederum besser auf die Realität in den Städten abgestimmt werden können. Die Europäische Kommission hat darauf reagiert und im Juli 2014 eine Mitteilung angenommen und eine öffentliche Konsultation über eine EU-Städteagenda eingeleitet, um die Diskussion auf alle wichtigen Beteiligten auszudehnen, deren Ideen einzuholen und die Ziele und Funktionsweise einer Städteagenda zu präzisieren.

Erste Ergebnisse präsentiert

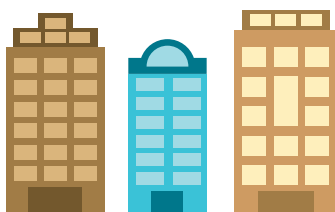
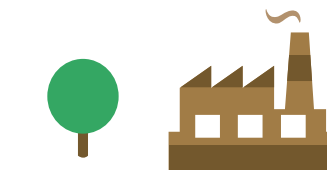
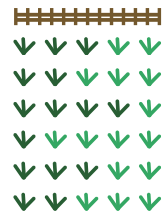
Im Juni 2015 präsentierte die EU-Kommission beim zweiten Europäischen CITIES-Forum erste Ergebnisse der Konsultation zur Urban Agenda, an der sich auch München beteiligt hatte, um kurz darauf konkretere Maßnahmen ins Auge zu fassen. So sollen unter anderem Programme erarbeitet werden, die eine bessere Kohärenz und Koordinierung von Strategien der EU mit städtischen Bezügen gewährleisten, beispielsweise mithilfe einer Europäischen Innovationspartnerschaft für intelligente Städte. Außerdem sollen die Datenbasis und die Nutzbarkeit vorhandener Daten verbessert werden.

Das EU-Parlament hat im September 2015 in Straßburg den Initiativbericht der bayerischen EU-Abgeordneten Kerstin Westphal zur Urban Agenda angenommen. Die Position Münchens, Maßnahmen zur Wahrung der Subsidiarität einzuführen, wurde vom EU-Parlament geteilt. Schon 2014 hat München die Ernennung eines sogenannten Gesandten für Städtepolitik gefordert, der die Koordinierung zwischen den Kommissionsdienststellen gewährleisten soll.

Stärkerer integrierter Ansatz

Dieser von EUROCITIES unterstützte Wunsch findet sich ebenfalls im Initiativbericht des EU-Parlaments wieder. Das Parlament betonte zudem, dass der Begriff Stadt nicht nur administrativ, sondern auch in einem funktionalen Zusammenhang – zum Beispiel Stadt-Umland-Kooperation oder Metropolregion – verstanden werden müsse. Die Kommission wird aufgefordert, einen stärkeren integrierten Ansatz in den Rechtsvorschriften der EU zu berücksichtigen. Dabei soll auf der Basis eines Acquis Urban eine eindeutige Definition einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung erfolgen.

Die Entwicklung einer EU-Städteagenda wird von den Niederlanden wie auch von der Kommission vorangetrieben. Die EU-Kommission plant, ihren Vorschlag im Frühjahr 2016, während der niederländischen Ratspräsidentschaft, vorzulegen. Die Niederländer sehen die geplante „Amsterdamer Erklärung“ als klare Fortsetzung des Prozesses. Parallel dazu arbeiten die EU-Mitgliedsstaaten an einer Erklärung zur städtischen Agenda. Diese soll im Mai 2016 auf einem informellen Ministertreffen in die abschließende Erklärung von Amsterdam münden. Die Landeshauptstadt München wird 2016 wie in den vergangenen Jahren auch einen aktiven Part einnehmen.





Alpenraumstrategie auf den Weg gebracht

Die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) ist die vierte makroregionale Strategie für eine engere Zusammenarbeit zwischen Regionen und Ländern. Damit will die Europäische Kommission die Alpen ökologisch verträglich und sozial gerecht als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum, als Naturraum sowie als Tourismusregion sichern und weiterentwickeln.

Ende 2015 ging EUSALP mit der Annahme des Aktionsplanes durch den Europäischen Rat in die Umsetzungsphase über. Die EU-Strategie für den Alpenraum soll der Zusammenarbeit und dem Investitionsklima einen neuen Impuls verleihen, von dem alle Beteiligten profitieren: Staaten, Regionen, Akteure der Zivilgesellschaft und europäische Bürgerinnen und Bürger. Künftig soll es Kooperationen in den Bereichen Forschung und Innovation, Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen, Mobilität, Tourismus, Umweltschutz und Verwaltung der Energieressourcen geben.

Gebiete aus sieben Staaten umfasst die Alpenraumstrategie: fünf Mitgliedsstaaten (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Slowenien) und zwei Drittstaaten (Liechtenstein und die Schweiz). Somit wären rund 80 Millionen Menschen in 48 Regionen von der engeren Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und EU-Ebene – der sogenannten Multi-Level-Governance – betroffen.

München hat Vorschläge eingebracht

Die EU-Kommission startete im Juli 2014 eine öffentliche Konsultation zu EUSALP, an der sich die Landeshauptstadt München beteiligt hat. Es bestand die Möglichkeit, eine Einschätzung zu den künftigen Schwerpunkten sowie konkrete Vorschläge für Aktionen und Projekte abzugeben. Im Anschluss daran hat München in Zusammenarbeit mit

dem Umweltministerium des Freistaats Prioritäten für die operative Umsetzung entwickelt. München verfolgt weiter das Ziel, die Interessen der Stadt im Rahmen der Makroregionalen Strategie zu vertreten. Dazu zählt, gemeinsam mit anderen Städten und Stadtregionen Förderprojekte zu entwickeln. Damit soll auf die besonderen Herausforderungen für diese oft schnell wachsenden Gebiete im hochattraktiven Umfeld der Alpen reagiert werden. Besonders wichtig dafür ist die Zusammenarbeit der Städte mit ihrem Umland, zum Beispiel im Bereich der Landschaftsentwicklung.

Da wie bei allen anderen Makroregionalen Strategien auch hier keine gesonderten Finanzmittel zur Verfügung stehen, wird EUSALP hauptsächlich durch den Einsatz und die Abstimmung bereits vorhandener relevanter europäischer und nationaler Fördermittel durchgeführt. Die an der Strategie beteiligten Staaten und Regionen verpflichten sich, bei der Durchführung des Aktionsplans auf diese Mittel zurückzugreifen.

Workshop zur Erneuerung der strategischen Zusammenarbeit

Seit 2010 bündelt der Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) die stadtinterne Europaarbeit. In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen in Europa allerdings stark verändert. Deshalb arbeitet der Fachbereich aktuell gemeinsam mit den Europabeauftragten der städtischen Fachreferate an einer neuen strategischen Ausrichtung der Europaarbeit. Der Forderung der Städte, die kommunale Ebene in der Europapolitik stärker zu berücksichtigen, wird zunehmend Rechnung getragen. Auch die Stadt München setzt sich immer intensiver mit EU-Themen auseinander und bringt sich aktiv in eine koordinierte Europaarbeit ein.

Der Münchner Stadtrat beschloss 2015 die Zusammenlegung des Fachbereiches Europa und der Stelle für Internationale Angelegenheiten und beauftragte das RAW damit, gemeinsam mit städtischen Dienststellen bis Ende 2016 ein Gesamtkonzept zur internationalen Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Attraktive Förderperspektiven

Europa steht vor großen Herausforderungen: Die Bewältigung der Finanzkrise, der Umgang mit dem Klimawandel, steigende Energiepreise und die Integration von Flüchtlingen und Migranten. Deshalb investiert die EU mit der Strategie „Europa 2020“ in die nachhaltige Entwicklung von Städten und Regionen. Das Förderprogramm INTERREG ist Teil davon.

Seit mehr als 20 Jahren werden damit grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionen und Städten unterstützt, die das tägliche Leben beeinflussen, zum Beispiel im Verkehr, beim Arbeitsmarkt und im Umweltschutz. INTERREG wird anders als die sogenannten Brüsseler Töpfe nicht zentral durch die Europäische Kommission verwaltet. Vielmehr setzen sich vor Ort Vertreter der nationalen und regionalen Behörden der beteiligten Mitgliedsstaaten zusammen und definieren gemeinsam, unter Beteiligung von Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen, die Entwicklungsprioritäten des jeweiligen Programms. Die Umsetzung erfolgt dann in konkreten Projekten, zu denen sich Partner aus mehreren Staaten zusammenfinden müssen.

INTERREG teilt sich in drei Bereiche, wobei für München die transnationale Zusammenarbeit (INTERREG B) am meisten Fördermöglichkeiten in Höhe von ein bis fünf Millionen Euro in den Bereichen soziale und wirtschaftliche Innovationen, Umweltschutz, Mobilität, Kultur und Governance bietet. In den INTERREG-B-Projekten werden Entscheidungsträger aus Kommunen, Verbänden, Unternehmen oder Hochschulen zusammengebracht. Gemeinsam haben sie die Möglichkeit, Ideen zu entwickeln und neue Arbeitsweisen zu testen. Die Projektpartner erarbeiten Strategien und Lösungsansätze für ihr jeweiliges Kernthema und setzen sie in Pilotvorhaben vor Ort um. Zugute kommen ihnen dabei auch der internationale Austausch und die Erfahrungen ähnlich gelagerter Partner. So können Entwicklungen und Investitionen angestoßen werden, von denen die Kommunen und Regionen lange über die Projektlaufzeit hinaus profitieren. München kann in der neuen Förderperiode in drei Programmräumen teilhaben: Alpenraum, Donaunraum und Mitteleuropa.

➤ www.interreg.de

„Start Transnational!“ lohnt sich für München

Seit Mai 2015 ist es in Bayern bedeutend einfacher als bisher, einen Antrag in INTERREG zu stellen. Das Finanzministerium greift den Antragstellern mit der neuen Förderrichtlinie „Start Transnational!“ erstmals auch finanziell unter die Arme. Gefördert wird die gesamte Antragsphase von Akteuren mit Sitz in Bayern, also der „Start“ in das INTERREG-Projekt. Die Förderhöhe beträgt maximal 30.000 Euro und umfasst die gesamte inhaltliche Konkretisierung der Projektidee samt Personal-, Reise- und Veranstaltungskosten sowie externer Beratungsdienstleistungen. Der Fördersatz liegt zwischen 65 und 90 Prozent. Bei zweistufigen Antragsverfahren können beide Stufen der Antragstellung gefördert werden.

Die Landeshauptstadt München hat 2015 bereits den ersten Erfolg mit „Start Transnational!“ verbucht. Für ein geplantes Projekt zur stadtreionalen Landschaftsentwicklung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung in Kooperation mit dem Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft wurde die maximale Summe zur Förderung der Antragsphase bewilligt.

➤ www.efre-bayern.de

Förderung beantragt für Fernkältenetz

Die EFRE-Fördermöglichkeit für die Stadt und Region München will die Landeshauptstadt für ein Projekt mit den SWM nutzen. Eine entsprechende Interessensbekundung wurde im Januar 2016 bei der Regierung von Oberbayern eingereicht. Dies war der erste und wahrscheinlich auch letztmögliche Einreichungstermin. Mit dem Projekt soll ein innovatives Kältenetz für den Bereich der neuen Großmarkthalle und das umgebende Quartier umgesetzt werden.

Erfolg für München: EU-Kommission wählt Projekt „Smarter Together“ aus

Großer Erfolg für die bayerische Landeshauptstadt: Die EU Kommission hat den gemeinsamen Smart Cities-Antrag der Städte München, Lyon und Wien mit dem Titel „Smarter Together“ ausgewählt. Das Konzept war 2014/2015 mit Partnern aus der Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet worden. Im Fokus steht der Stadtteil der Zukunft mit höchster Energieeffizienz und vernetzter Mobilität.

Insgesamt fließen 24,7 Millionen Euro an europäischen Fördergeldern an das Konsortium, davon 6,85 Millionen Euro an den Münchner Verbund. Das Projekt hat eine Laufzeit von fünf Jahren und beginnt Anfang 2016. „Wir freuen uns sehr, dass wir den Zuschlag für unser ‚Smarter Together‘-Projekt erhalten haben. Die EU-Kommission lobt die richtige Balance zwischen smarten Technologien und der gesellschaftlichen Dimension: Smarte und integrative Lösungen sollen die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Das hat ganz offensichtlich überzeugt“, so der Leiter des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid. Das Projekt soll dazu beitragen, die Münchner Klimaschutzziele zu erreichen: Die Redu-

zierung der CO₂-Emissionen um zehn Prozent alle fünf Jahre und die Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030.

Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk sieht in dem Projekt „die Chance für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung, die im besonders dynamischen Münchner Westen konkrete Verbesserungen für eine nachhaltige Erneuerung und Fortentwicklung des Stadtteils mit den Möglichkeiten einer Smart City bringen wird“. Knapp 40 europäische Städtekonsortien hatten sich um ein Smart-Cities-Projekt beworben. In München wurde die Projektidee in einer gemeinsamen Initiative des Referates für Stadtplanung und Bauordnung und des Referates für Arbeit und Wirtschaft sowie ihren Projektpartnern auf den Weg gebracht.

Bürgerinnen und Bürger beteiligen

Bei „Smarter Together“ stehen die Sanierung von Wohnanlagen mit vielschichtiger Eigentümerstruktur, die Entwicklung von nutzerzentrierten Mobilitätskonzepten sowie innovative Geschäftsmodelle im Vordergrund. Außerdem soll besonderes Augenmerk auf die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gelegt werden. Konkret geht es um das Sanierungsgebiet Neuaubing-Westkreuz und das

in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Neubaugebiet Freiham. Führende europäische Industrie- und Forschungspartner sowie hochspezialisierte klein- und mittelständische Unternehmen aus mehreren europäischen Ländern wurden für das „Smarter Together“-Konsortium gewonnen.

München ist wie Wien und Lyon eine schnell wachsende Stadt. Der Smart-Cities-Ansatz verknüpft Informations- und Kommunikationstechnologie mit Infrastruktur, Architektur, Objekten und Nutzungsverhalten zu einem ganzheitlichen Netzwerk. Die Stadtverwaltung erhält einen besseren Einblick in urbane Zusammenhänge und Abläufe und kann diese optimal und zum Wohl der Allgemeinheit steuern. Die beteiligten Städte Lyon und Wien bringen wie München ihre jeweiligen Lösungsansätze in das Gesamtprojekt ein, sodass nach einigen Jahren die erzielten Erfolge miteinander verglichen und die weiteren Entwicklungen optimiert werden können. Ziel ist es, nicht nur die im Projekt erfolgreich erprobten Lösungen in den Leuchtturmstädten München, Lyon und Wien zu replizieren, sondern sie auch in weitere europäische Kommunen zu transportieren.





Nachhaltige Städte

Wie sehen europäische Städte in 30 Jahren aus? Was tragen sie zu den Klimaschutzzielen bei, und wie gestalten sie das Zusammenleben von Jung und Alt, von Alteingesessenen und neu Hinzugezogenen? Fragen wie diese stehen bei „Smarter Together“ im Mittelpunkt.

Elektromobilität im Fokus

Im Bereich Mobilität und Verkehr sind multimodale Mobilitätsstationen geplant, die umweltfreundliche Sharing-Systeme für private und geschäftliche Mobilität ermöglichen. Unvermeidbarer Verkehr soll zunehmend auf alternative Antriebe, vor allem auf die E-Mobilität, umgestellt werden. Ein Mobilitätsbutler – eine App, die gleichzeitig Anmelde- und Bezahlsystem sein kann – soll für den Benutzer die besten verfügbaren Fortbewegungsmittel identifizieren.

Erneuerbare Energie virtuell verbinden

Mit ihrer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien wollen die Stadtwerke München swm bis 2025 so viel Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren, wie ganz München verbraucht. München wird damit weltweit die erste Millionenstadt sein, die dieses Ziel erreicht. Im Projektgebiet werden die swm im neuen Stadtteil Freiam ein ökologisch vorbildliches Energieversorgungs-konzept umsetzen. Für die Grundversorgung des Stadtteils ist Tiefengeothermie vorgesehen, die in das im Aufbau befindliche Fernwärmenetz eingespeist

wird. Im Zuge der Erschließung von Freiam soll das Fernwärmeangebot im bestehenden Stadtteil Neu-aubing/Westkreuz ebenfalls ausgebaut werden. Mit einem „Virtuellen Kraftwerk“ werden dezentrale Strom-erzeugungseinheiten zu einer Art Großkraftwerk zur Optimierung der bestehenden Strukturen zusammen-geschaltet.

Sozialverträglich sanieren

Ein besonders wichtiger Baustein ist die sozialverträgliche energetische Sanierung: Rund 43 000 Quadratmeter Wohnfläche sollen auf einen warmmietenneutralen energetischen Standard gesenkt werden. Dies mieterfreundlich zu organisieren, wird eine der großen Herausforderungen sein. Da es im Projektgebiet auch zahlreiche Eigentümer kleiner Wohnanlagen gibt, soll ein „energetischer Sanierungsbaukasten“ entwickelt werden, der verschiedene Komponenten für den individuellen Sanierungsbedarf beinhaltet.

Kommunikationsnetze vereinen

Mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien werden nicht nur technische Lösungen zusammengeführt und gesteuert. Vielmehr sollen auch städtische Plattformen zu einer „Smart Data“-Plattform weiterentwickelt werden, um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Projektumsetzung und der Anwendung der Lösungen, zum Beispiel Liefer- und Einkaufsservice, zu unterstützen.

Partner Münchens

Im Projekt „Smarter Together“ wird München unterstützt von den Stadtwerken München (swm), der Münchner Verkehrsgesellschaft (mvg) und der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (mgs) sowie weiteren Partnern:

- **Siemens** bringt seine City Intelligence Plattform (CIP) in das Projekt ein, um für München eine städtische Plattform für „Smart Data“ einzurichten. Hierüber werden Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger im Bereich Energie und Wohnen, Mobilität und e-Government entwickelt und betrieben.
- **Securitas** wird in 400 Wohnungen „Smart Home“-Geräte installieren, die eine effiziente Steuerung des Energiehaushalts (Wärme und Elektrizität) erlauben. Die Geräte sammeln Temperatur- und Lüftungsdaten und geben auf den Benutzer zugeschnittene Hinweise zur Steuerung der Systeme, sodass insgesamt Energieeinsparungen von bis zu 25 Prozent erreicht werden können.
- **G5:** Mit der Methode des „Dynamic Decision Management (DDM)“ kombiniert G5 Elemente zu Strategie-, Risiko- und Finanzierungsberatung, um Investitionsrisiken besser und umfassender einschätzen zu können. Im Projekt ist dies insbesondere für die Entscheidungsfindung einer Vielzahl von Eigentümern in Wohnungseigentümergeinschaften innovativ und kann dazu beitragen, Handlungsoptionen umfassend und transparent darzustellen und so Entscheidungen zu beschleunigen.
- **Bettervest:** Als weltweit erste Crowdfunding-Plattform für energieeffiziente Maßnahmen wird Bettervest im Projekt strategisch in die geplante Sanierungsaktivierung der Wohnungseigentümergeinschaften eingebunden. Die Firma beteiligt auf diese Art und Weise Crowd-Investoren an der Energieeinsparung.
- **Spectrum Mobil Stattauto:** Der führende Car-sharing-Anbieter in München wird in Neuaubing/ Westkreuz seine Flotte um innovative Fahrzeuge erweitern und gemeinsam mit der mvg an Projekten zur Transformation von Mobilitätsmustern arbeiten.
- **TUM – MCTS:** Das Munich Center for Technology in Society (MCTS) der Technischen Universität München (TUM) wird mit der Methode des „Smart City Katalysators“ die Zusammenarbeit verschiedener Akteure zur Umsetzung der „Smarter-Together“-Projekte proaktiv begleiten.
- **TUM:** Der Lehrstuhl Gebäudetechnologie und klimagerechtes Bauen der TUM setzt Maßnahmen zur Erreichung eines Niedrigenergiequartiers um und übernimmt Monitoring und Evaluierung.
- **Fraunhofer IAO:** Das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation wird die Rahmenbedingungen und Schlüsselkomponenten für erfolgreiche Smart-City-Lösungen erarbeiten – in einem interaktiven „ko-kreativen“ Prozess unter Beteiligung der relevanten Expertinnen und Experten.
- Die **Uni St. Gallen** unterstützt die drei Städte dabei, die geeigneten Geschäftsmodelle für die angestrebten Maßnahmen zu identifizieren.
- **DIN** berät das Konsortium bei Fragestellungen zu Standards, was insbesondere für die Übertragbarkeit auf andere Quartiere und Städte von Bedeutung ist.

Erste Bürgerinformation zu „Smarter Together“



Die Europaarbeit des Referats für Stadtplanung und Bauordnung im Jahr 2015 war vor allem durch die erfolgreiche Antragstellung für das EU-Smart-City-Leuchtturmprojekt „Smarter Together“ mit den Städten Lyon und Wien geprägt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde die Ausstellung der Stadt Wien „Stadt smart entwickeln“ vom 19. Mai bis zum 15. Juli 2015 im PlanTreff gezeigt. Sie war ein erster Startschuss hin zu einer „Smart City München“ und wurde durch ein umfangreiches Programm begleitet. Im Zusammenhang mit Smart City beteiligte sich das Referat auch an einer Umfrage des EU-Projekts citykeys. Die Umfrage zielte auf den Bedarf der Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner im Bereich Open Data, auf die Entwicklung von Schlüsselindikatoren und eine Definition von „Smart City“.



Erfolgreiches Networking

Hauptziel der Europaarbeit des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) ist die Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger für eine kommunale Abfallwirtschaft als Teil der Daseinsvorsorge. Dieses Jahr stand ganz im Zeichen des neuen europäischen Pakets zur Kreislaufwirtschaft. Damit verbunden war intensives Networking.

Der AWM hat in den vergangenen Jahren sein Netzwerk durch die Mitgliedschaft in verschiedenen europäischen Verbänden konsequent ausgebaut. Die enge Zusammenarbeit und die Abstimmung der unterschiedlichen Interessen in Europa stärkte die Effizienz der kommunalen Lobbyarbeit.

Das Paket zur Kreislaufwirtschaft wird die Abfallwirtschaft in Europa für die kommenden 15 Jahre bestimmen, Auswirkungen auf die deutsche Gesetzgebung haben und dadurch auch die Abfallentsorgung in München beeinflussen. Nachdem die Kommission unter Jean-Claude Juncker den Entwurf zur Abfallrahmenrichtlinie der Vorgängerkommission im Januar 2015 zurückgezogen hatte, versprach sie bis Dezember 2015 ein neues, ambitioniertes Programm vorzulegen.

Abstimmung in Brüssel

Der Leitausschuss des Verbandes kommunaler Unternehmen Deutschlands (vku) diskutierte bereits Ende Januar in München mit seinen Europaexperten die Strategie zur Reaktion auf diese neue Situation. Ein erstes Abstimmungstreffen der Vorsitzenden der EUROCITIES Working Group Waste fand im Februar am Rande einer Konferenz in Brüssel statt. Bei diesem Treffen wurden die ersten Arbeitsschritte für 2015 und die Reaktionsmöglichkeiten der Mitgliedsstädte auf die neue Situation erörtert.

Die Mitgliedschaft des AWM in den kommunalen Lobbyverbänden ermöglichte es, die Münchner Position von Anfang an in die Diskussion einzubringen. Während der Sitzungen des EUROCITIES-Environmental Forums vom 4. bis 5. Juni in Brüssel traf sich die EUROCITIES Working Group Waste mit den Arbeitsgruppen Climate Change und Clean Cities, um mögliche Kooperationen und gemeinsame Aktionen zu besprechen. An der zur gleichen Zeit stattfindenden Abfallarbeitsgruppen-sitzung des CEMR nahm der AWM als ordentliches



Mitglied teil. So gelang es, eine gemeinsame kommunale Position zu erarbeiten, mit der sich die Mitglieder der verschiedenen Verbände über ihre Unternehmen und ihre Stadtverwaltungen an der Online-Konsultation der EU-Kommission zur Kreislaufwirtschaft beteiligen konnten, die zwischen dem 28. Mai und dem 20. August stattfand.

Teilnahme an Online-Konsultationen

Auf der Grundlage dieses Positionspapiers erarbeiteten der AWM, das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) und das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) eine eigene Stellungnahme der Landeshauptstadt München. In der Sitzung am 2. Juli billigte die Stadtratskommission Europa dieses Vorgehen. An der großen Stakeholder-Konsultation mit Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und Umweltkommissar Karmenu Vella zur Kreislaufwirtschaft mit mehr als 600 Teilnehmern am 25. Juni in Brüssel haben Mitglieder aller kommunalen Verbände teilgenommen, um ihre Forderungen an die neue Kreislaufwirtschaft darzulegen, auch München.

An der Online-Konsultation zum Funktionieren der Abfallmärkte vom 12. Juni bis zum 4. September beteiligten sich die kommunalen Unternehmen ebenfalls nach eingehender Abstimmung mit dem Fachausschuss Europa des VKU. Bei den Reisen nach Brüssel hat der AWM, teilweise mit Mitgliedern anderer kommunaler Gremien, persönliche Gesprächstermine mit Kommissionsbeamtinnen und -beamten wahrgenommen, um für die kommunalen Positionen zu werben.

Durch die intensive Europaarbeit wurde die Abfallwirtschaft in München bekannter, oft als Best-Practice-Beispiel zitiert und der AWM zur Teilnahme an EU-Projekten oder Konferenzen in verschiedenen Mitgliedsstaaten angefragt. Zahlreiche Delegationen informierten sich bei Besuchen vor Ort über die

Abfallentsorgung in München. Der regelmäßige Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten Europas führt andererseits auch zu technischen Verbesserungen bei der Abfallentsorgung in München. Im Jahr 2016 wird der AWM sein kommunales Netzwerk ausbauen und festigen, um die Umsetzung des von der neuen Kommission am 2. Dezember vorgelegten Entwurfs des Kreislaufwirtschaftspakets konstruktiv zu begleiten.

Die Münchner Forderungen

Im Zuge der Online-Konsultation der EU-Kommission zur Kreislaufwirtschaft hat die Landeshauptstadt München folgende Forderungen eingebracht.

- Die schnellstmögliche Umsetzung eines Verbots der Deponierung unbehandelter Abfälle
- Einheitliche Qualitäts- und Effizienzkriterien für alle Entsorgungswege und Recyclingprodukte
- Einheitliche Berechnungsquoten für Recyclingverfahren und klare Abfalldefinitionen
- Hausmüllentsorgung soll als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verankert werden
- Die vollständige Entsorgungsverantwortung der Kommunen und das Recht der Inhouse-Vergabe soll festgeschrieben werden
- Eine verstärkte Ausrichtung der Ökodesign-Richtlinie auf Abfallvermeidung und Ressourcenschonung
- Die Stärkung des hochwertigen Recyclings und der hochwertigen energetischen Verwertung in einem sinnvollen Zusammenspiel

Agrarpolitik hat Einfluss auf die Stadtgüter

Die EU hat auch mit einem ihrer Kernthemen, der gemeinsamen Agrarpolitik, in München sichtbare Spuren hinterlassen. Nicht nur, indem sie beeinflusst, welche Qualitätsstandards Nahrungsmittel besitzen müssen, die auf unsere Teller gelangen, sondern auch durch die aktuelle Reform ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik, kurz „GAP“ genannt. Diese Reform hat Auswirkungen darauf, wie die Landwirte in und um München künftig ihre Produkte anbauen müssen und welche Aufgaben die Betriebe zukünftig zu erfüllen haben.

Weitgehend unbekannt ist die Tatsache, dass bereits vor mehr als 100 Jahren die Stadt München mit dem Erwerb des Guts Karlshof in der Gemeinde Ismaning begann, vor den Toren Münchens Grundstücksvorratsflächen zu erwerben und darauf Landwirtschaft zu betreiben. Heute bestehen die Stadtgüter München (SgM), ein Eigenbetrieb des Kommunalreferats, aus zehn Gutsbetrieben mit einer Gesamtfläche von etwa rund 2500 Hektar in und um München.

Größter Biobauer Bayerns

Die Einhaltung der agrarpolitischen Vorgaben aus Europa sind daher für die Stadtgüter München heutzutage selbstverständlich. Denn die SgM bewirtschaften rund 1560 Hektar Acker- und Grünland, die Hälfte davon ökologisch zertifiziert nach Naturland- oder Bioland-Kriterien. Damit ist die Stadt München der größte Biobauer in Bayern. Auch die Stadt München erhält für jeden Hektar Ausgleichszahlungen von der EU, allein 2014 waren das rund 476 000 Euro. Die Direktzahlungen konnten voll ausgeschöpft werden,

weil die Stadtgüter München alle Vorschriften in den Bereichen Umweltschutz, Klimawandel, guten landwirtschaftlichen Zustand der Flächen, Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt sowie Tierschutz eingehalten haben.

500 Millionen Menschen profitieren davon

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gehört seit Beginn der Einigung Europas zu den wichtigsten Aufgabenfeldern europäischer Politik. Dem Wandel der Lebensverhältnisse in Europa wurde die GAP immer wieder angepasst. Globalisierung, Klimawandel und die Stärkung des ländlichen Raums werden das zukünftige Profil der GAP prägen. Dabei steht die Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen sozialer und ökologischer Verantwortung sowie wirtschaftlichen Notwendigkeiten für nachhaltiges unternehmerisches Handeln. Zugleich profitieren mehr als 500 Millionen Bürger und Bürgerinnen in 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von einem vielfältigen Nahrungsmittelangebot, von einheitlichen



Qualitätsstandards, geschützten Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen sowie von umfassenden Informationspflichten der Hersteller. Insgesamt stehen für die Agrarförderung in Deutschland von 2014 bis 2020 jährlich rund 6,3 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung.

Komplexe Auflagen

Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Periode 2015 bis zum Jahr 2020 werden zukünftig verstärkt nachhaltige Bewirtschaftungsformen und komplexe Produktionsauflagen im Bereich Tier-, Umwelt- und Klimaschutz unterstützt. Die klassische Form der Subventionierung der Agrarpreise hat nahezu ausgedient. Die Landwirtschaft orientiert sich am Markt. Der Fokus liegt zunehmend auf tier- und umweltschutzorientierten Problemlösungen und weniger auf Flächenleistung und Ertragszuwächse. Dies wird zur Folge haben, dass sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft zu deutlich größeren Betriebseinheiten festigt. So müssen Landwirte, die

Zahlungen der EU in Anspruch nehmen, ab 2015 auf ihren Flächen klima- und umweltfördernde Methoden der Landwirtschaft (Greening) einhalten.

Das Greening erstreckt sich auf den Erhalt von Dauergrünlandflächen, die Vielfalt beim Anbau von Kulturen auf Ackerflächen sowie die Bereitstellung „ökologischer Vorrangflächen“ auf fünf Prozent des Ackerlandes. Damit werden Leistungen der Landwirtschaft für den Klimaschutz, die Erhaltung von Arten, vielfältige Kulturlandschaften und eine nachhaltige Produktion gefördert. Der Einstieg in das Greening ist Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses der Landwirtschaft in Europa zu einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Landwirtschaft. Vorgaben, die die Stadtgüter München bereits seit vielen Jahren praktizieren und aktiv unterstützen. Die Stadt München setzt sich seit Mitte der 1990er-Jahre verstärkt dafür ein, die bäuerliche Kulturlandschaft im Umfeld der Stadt zu erhalten.



München unterstützt Beylikdüzü beim Aufbau eines Fahrradnetzwerks

Radfahren soll in Zukunft im türkischen Beylikdüzü leichter und sicherer werden. Beim Aufbau eines Radwegenetzes helfen die Ergebnisse eines Erfahrungsaustauschs, zu dem im Juli 2015 Vertreterinnen und Vertreter des Istanbulbezirks Belikdüzü im Rahmen des Projektes „Twinning Turkey“ nach München gekommen waren.

Die Experten aus dem Baureferat und der Strategieabteilung von Beylikdüzü informierten sich über erfolgreiche Münchner Ansätze zur Förderung des Fahrradverkehrs. Im Mittelpunkt stand die Kampagne Radlhauptstadt München. Beylikdüzü ist daran interessiert, Teile davon in der Türkei umzusetzen. So soll den Schulen in Beylikdüzü unter anderem ein dem Münchner Vorbild nachempfundener Radcheck angeboten werden. Darüber hinaus informierten sich die Fachleute über die Münchner Standards beim Radwegebau und besichtigten vorbildliche Maßnahmen, wie Fahrradfahren in München attraktiv und sicherer gemacht wurde. Neu für die türkischen Gäste war auch der Einsatz von Schulweghelfern als bewährte Sicherheitsmaßnahme.

An dem vom Referat für Arbeit und Wirtschaft organisierten Austausch nahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Baureferates, des Kreisverwaltungsreferates, des Planungsreferates sowie von GreenCity e.V. teil.



NETZ

WEER

KE



Hochkarätige CEMR-Tagung

München war nach der EURO-CITIES-Jahreskonferenz 2014 erneut gastgebend bei einer großen europäischen Konferenz: Ende Juni trafen sich auf Einladung von Bürgermeister Josef Schmid die Mitglieder des Hauptausschusses des Council of European Municipalities and Regions (CEMR) in der Landeshauptstadt. Mitglied im Policy Committee des CEMR für München ist Stadträtin Lydia Dietrich (Die Grünen/Rosa Liste).

Während der Tagung im Gemeindezentrum der Israelitischen Kulturgemeinde am Jakobsplatz standen unter anderem die Herausforderungen rund um das Thema Migration im Mittelpunkt der Diskussionen.

Enorme Herausforderungen

Bürgermeister Josef Schmid beschrieb die Situation in München: „Die Suche nach Immobilien für die Notunterbringung sowie für bezahlbare Wohnungen für anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber stellt uns vor enorme Herausforderungen. Um diese zu meistern, brauchen wir Kommunen die Unterstützung der EU.“ Ganz still wurde es im Saal, als der Bürgermeister der Stadt Pozzolo sprach, denn in der sizilianischen Gemeinde betreten viele Schiffbrüchige erstmals

italienischen Boden. Umso beeindruckender empfanden viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer seine Schilderungen der Bevölkerung, die voller Empathie und Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge ist. Wie unterschiedlich Europa betroffen ist, zeigte nicht zuletzt die Wortmeldung eines rumänischen Delegierten: In seiner Region gibt es Probleme, da qualifizierte junge Leute ihr Land verlassen.

Die Delegierten des Hauptausschusses bestätigten den Generalsekretär des CEMR, Frederic Vallier, für weitere sechs Jahre im Amt. Vallier ist seit Anfang 2010 Generalsekretär des CEMR. Sie votierten außerdem für den Vorschlag, den Ko-Präsidenten des CEMR, Inigo de la S., Bürgermeister der spanischen Stadt Santander, im Dezember 2015 in Paris für die verbleibende Restmandatsdauer von einem Jahr zum Präsidenten zu wählen. Die bis September 2015 amtierende Präsidentin Annemarie Jorritsma, Bürgermeisterin der niederländischen Stadt Almere, schied vor Ablauf ihrer Amtszeit aus dem kommunalen Amt aus. Stadträtin Lydia Dietrich (Die Grünen/Rosa Liste) vertrat München bei der Sitzung des Policy Committees im Dezember in Paris, wo entschieden wurde, dass Inigo de la Serna Hernaiz die Präsident-

schaft kommissarisch bis zur Neuwahl im Herbst 2016 ausüben soll. Darüber hinaus brachte die deutsche Sektion eine Resolution zur Flüchtlingspolitik ein, und es gelang nach kontroverser Diskussion, eine gemeinsame Position zu einer gerechten und solidarischen europäischen Verteilung der Flüchtlinge zu formulieren.

Anerkennung der Europaarbeit

Der europäische Dachverband des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Council of European Municipalities and Regions (CEMR), repräsentiert etwa 150 000 Städte und Gemeinden aus 41 europäischen Ländern. Das Policy Committee ist das wichtigste Entscheidungsgremium des CEMR und tagt zweimal im Jahr. Das Treffen in München fand auf Einladung von Bürgermeister Josef Schmid statt. „Es freut mich, dass wir nach der EURO-CITIES-Jahreskonferenz Anfang November 2014 auch dieses Jahr Gastgeberin einer hochkarätigen Tagung europäischer Meinungsbildner sind“, sagte er. „Das ist auch ein schöner Beweis dafür, wie wir auf EU-Ebene wahrgenommen werden“, freute sich Henriette Wägerle, Fachbereichsleiterin Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW).



EUROCITIES engagiert sich für mehr Lebensqualität in Europas Städten

Die EUROCITIES-Jahreskonferenz im November 2015 in Malmö und Kopenhagen widmete sich der nachhaltigen Stadtentwicklung und der Bedeutung der Lebensqualität in Städten.

Beide Städte setzen sich ambitioniert und zielstrebig mit dem Klimawandel auseinander und haben hierzu operativ wirksame Strategien entwickelt. „Sustainable city development“ ist eine Leitlinie, die auf den verschiedensten Ebenen zum Ausdruck kommt und zum Selbstverständnis beider Städte zählt, zum Beispiel:

- Keine Zersiedelung der Landschaft
- Mehr Hochhäuser, damit Grünflächen erhalten bleiben
- Doppelt so breite Radwege wie in München
- Malmö-Hafen: ausgewähltes Gebiet, autark mit Sonne, Wind und Biogas aus Abfall
- Kopenhagen: Green roofs and urban gardening und 90 Prozent Bio-Essen in öffentlichen Einrichtungen;
- Kopenhagens Ziel bis 2025: CO_2 -neutrale Stadt.

Darüber hinaus wurde über die Integration von Flüchtlingen in Europas Städte diskutiert. Malmö präsentierte eine Erstaufnahmestelle. Der Hauptredner, Philipp Rode von der London School of Economics, betonte, dass Städte eine herausragende Rolle spielen bei der



Bewältigung des globalen Klimawandels. Viel wurde seiner Meinung nach bereits erreicht, aber die Herausforderungen seien immens. Vor allem auf dem Verkehrssektor gebe es Handlungsbedarf, denn ohne eine gezielte Steuerung des Verkehrs sei in der Zukunft mit bis zu einer Verdreifachung des globalen Verkehrsvolumens – und den damit verbundenen Klima- und Umweltschäden – zu rechnen.

Schwerpunkt Flüchtlinge und Migranten

Für die Münchner Delegation waren die Stadträtinnen Ulrike Boesser (SPD), Lydia Dietrich (Die Grünen/Rosa Liste), Gabriele Neff (FDP) und Dr. Manuela Olhausen (CSU) in Malmö und Kopenhagen dabei. Auch die neue Umweltreferentin Stephanie Jacobs sowie Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk und die Vertreterin der Sozialreferentin, Angelika Simeth, nutzten die Chance zur Information und zum Austausch. Schwerpunkte der Arbeit des Netzwerkes waren 2015 der kommunale Erfahrungsaustausch zur Integration von Flüchtlingen und Migranten sowie die Bemühungen, derartige kommunale Initiativen besser als bisher durch die Europäische Kommission – beispielsweise über den Asyl-,

Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) – gefördert zu bekommen. Im Umweltbereich nutzte EUROCITIES die Möglichkeiten, bei der Weltklimakonferenz 2015 in Paris (COP21), die Rolle der Städte bei der Reduzierung von Klimagasen zu unterstreichen. Qualitätsstandards für Luft einzuhalten, ist für viele Kommunen eine Herausforderung. Das Netzwerk setzte sich erfolgreich bei Europaparlamentariern dafür ein, im Rahmen der Revision der Richtlinie zu Emissionsgrenzwerten strengere Grenzwerte, vor allem für Ammoniak einzuführen. Die dadurch bedingte niedrigere Hintergrundschadstoffbelastung erleichtert es den Städten, die kommunalen Grenzwerte einzuhalten. Außerdem engagierte sich EUROCITIES dafür, die Hersteller von Neuwagen zu verpflichten, realitätsnähere Messverfahren einzusetzen, um dadurch zu niedrigeren Emissionswerten bei Neufahrzeugen zu kommen.



Kulturforum: Nachhaltige Münchner Projekte

Das Kulturreferat vertritt die Landeshauptstadt seit 2004 fortlaufend im Kulturforum von EUROCITIES, das sich 2015 in Turin und Ljubljana traf. Die Arbeit des Kulturforums und seiner Arbeitsgruppen hat große Relevanz für München, denn die auf Nachhaltigkeit angelegten Münchner Konzepte und Projekte, beispielsweise zur kulturellen Bildung, zur internationalen Kulturarbeit oder zur interkulturellen Öffnung, decken sich mit den in den Arbeitsgruppen behandelten Diskussionen und Projekten.

Arbeitsgruppe Mobility of Artists

Zeitgleich zu den beiden Treffen des Kulturforums kam auch die Arbeitsgruppe Mobility of Artists zusammen. In Ljubljana stand vor allem das Forschungsprojekt „Analysis of policies for international Artists' Mobility“ auf der Tagesordnung. 15 europäische Städte, darunter München, hatten detaillierte Informationen über ihre Förderinstrumente und Strategien im Bereich der Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern beigesteuert sowie entsprechende Kontakte hergestellt. Die Ergebnisse der Studie werden für Frühjahr 2016 erwartet.

Arbeitsgruppe Young People and Culture

Beim Frühjahrstreffen der Arbeitsgruppe in Turin beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorwiegend mit der Fortentwicklung eines geplanten EU-Projektantrages mit dem Arbeitstitel „Critical Friends Group“. Darin geht es um einen Fachaustausch über Qualitätsentwicklung, kommunale Strategien im Bereich kultureller Bildung und Kooperationsstrukturen zwischen Schule/Kita und Kulturakteuren. Große Beachtung fand die Tatsache, dass München 2015 die Stelle eines städtischen Street-Art-Beauftragten eingerichtet hat. Der Umgang mit dem Thema „Street Art/Graffiti“ ist in den teilnehmenden Städten sehr unterschiedlich. Er reicht von Repressionen bis hin zur Unterstützung und finanziellen Förderung der lokalen Szenen.

Arbeitsgruppe Kreativwirtschaft

Beim Treffen der Arbeitsgruppe Kreativwirtschaft im September in Ljubljana ging es unter anderem um die Vorstellung des Coworking Space Poligon und um eine autonome Plattform für Organisationen aus dem Bereich von Social Entrepreneurship, Kultur und Wirtschaft, die in einem Bottom-up-Prozess von den Kreativen selbst ins Leben gerufen wurde. Der Präsentation schloss sich eine Diskussion darüber an, welche Faktoren den Erfolg eines Kreativzentrums bestimmen und welche Rolle die Stadtverwaltung bei der Unterstützung dieser Einrichtungen spielen kann.

Wirtschaftsforum: Best Practice

Am Forum Wirtschaftsentwicklung hat 2015 das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) teilgenommen, das in der Arbeitsgruppe Unternehmertum mitarbeitet. Das Referat präsentierte seine Reihe „Aus der Praxis in die Praxis“, bei der sich Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund an einer themenspezifischen und zielgruppenorientierten Fortbildungsreihe beteiligt haben. Schwerpunkt bei den Treffen in Brüssel war das Thema Finanzierung von Kleineren und Mittleren Unternehmen. Hier ist München gut aufgestellt. Die städtische Sparkasse hat einen Garantiefonds aufgelegt, der sich speziell an kleine Unternehmen richtet und einen Risikopuffer zur Garantieübernahme beinhaltet. Ferner ging es um Crowdfunding, das auch in München im Rahmen der Unternehmensgründung eine gewisse Bedeutung erlangt hat und weiter angeboten werden soll.

Integrierte Stadtentwicklung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung leitete bis 2014 die Arbeitsgruppe Integrierte Stadtentwicklung, seither nimmt das Referat nur noch fallweise teil. So waren bei einem Schwerpunkttreffen der Arbeitsgruppe in Wien zum Thema Transformation von Innenstadtrandgebieten zwei städtische Expertinnen eingeladen. Sie berichteten über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe aus den vorangegangenen Jahren und stellten die Beteiligungsverfahren zur Neugestaltung des Paulaner-Geländes am Nockherberg vor, die auf großes Interesse stießen. Die Stadt Wien stellte die Projekte Kabelwerk und Smart City Vienna-Wien Liesing vor.



Sozialforum: Grüne Arbeitsplätze für die soziale Inklusion und Integration

Mehr als 160 Fachleute aus 40 Städten, darunter München, besuchten das EUROCITIES Sozialforum zum Thema „Inklusive und integrative Arbeitsmärkte“ in Brüssel im Oktober 2015. Außerdem tagten die Arbeitsgruppen Beschäftigung, Migration und Integration am Rande des Forums.

Die Arbeitssitzungen konzentrierten sich auf grüne Arbeitsplätze für die soziale Inklusion und Integration. Birmingham, Gent, Gijón, Rennes, Sheffield und Hengelo stellten in Speed-Networking-Sessions zu ausgewählten Themen innovative Ansätze vor. Unter anderem zu:

- Verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge
- Unterstützung von Menschen, die sich nicht in Beschäftigung oder Ausbildung befinden
- Bildungs- und Berufsberatung für Einwanderer.

Während der Debatten wurde deutlich, dass das öffentliche Auftragswesen ein leistungsfähiges Werkzeug für die Stadtverwaltung ist, um Inklusion und Integration am Arbeitsmarkt zu fördern. Stadtverwal-

tungen können Unternehmen, Gewerkschaften und relevante Interessengruppen zusammenbringen, um Ideen und Erfahrungen zur Realisierung inklusiver und integrativer Arbeitsmärkte auszutauschen. Stockholm und Mailand arbeiten mit LinkedIn, dem international agierenden beruflichen sozialen Netzwerk zusammen, um die Arbeitsmarktsituation in ihren Städten zu analysieren.

Arbeitsgruppen Inklusion durch Bildung und Beschäftigung

Im April fand in Birmingham ein gemeinsames Treffen der beiden Arbeitsgruppen Inklusion durch Bildung und Beschäftigung statt. Delegationen aus 18 Städten diskutierten über die Herausforderungen im Umgang mit armen Menschen und der großen Anzahl von NEETS (Not in Education, Employment or Training) und über Wege, diesen Bevölkerungsgruppen den Übergang von Bildung zu Beschäftigung zu ermöglichen. Themen waren auch die Projektinitiative „PISA for CITIES“ und die Fortführung des Projekts PREVENT zur Elternarbeit in Europa. München ist an beiden Initiativen durch den Fachbereich 8 des Pädagogischen Instituts maßgeblich beteiligt und gestaltet die europäische Bildungspolitik entscheidend mit.

Die EUROCITIES Arbeitsgruppe Inklusion durch Bildung traf sich außerdem im November in Gent, um der Frage nachzugehen, wie die Kooperation mit Eltern gestaltet werden muss, um frühzeitigen Schulabbruch zu verhindern. Gent agiert auf allen Ebenen des Bildungssystems – vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe – vorbildlich. Der Schwerpunkt des Studienbesuchs lag auf dem innovativen Einsatz von interkulturellen Mediatorinnen und Mediatoren.



Inklusion bei der Mobilität fördern

In Sofia und Tallinn fanden im April und Oktober die Treffen des EUROCITIES-Forums Mobilität sowie begleitende Fachkonferenzen statt, an denen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Kreisverwaltungsreferat teilgenommen haben. Während in Sofia die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und neue Geschäftsmodelle im Mittelpunkt standen, war es in Tallinn die Inklusion bei der städtischen Mobilität.

Vier Arbeitsgruppen, in denen städtische Fachreferate engagiert sind, präsentierten Ergebnisse aus entsprechenden EU-Projekten:

- Verkehr und Energieeffizienz (Referat für Stadtplanung und Bauordnung)
- Barrierefreie Stadt für alle (Sozialreferat)
- Transeuropäische Verkehrsnetze (Referat für Stadtplanung und Bauordnung)
- Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur (Kreisverwaltungsreferat).

In der Arbeitsgruppe Verkehr und Energieeffizienz standen emissionsarme alternative Antriebe, Elektro-

mobilität, Sharing-Mobility sowie multimodale Mobilität im Vordergrund. Die TU München stellte die Mobilitätsstation Münchner Freiheit vor. Um Erfahrungen mit Mobilitätsstationen in anderen europäischen Städten zu sammeln, führte das Kreisverwaltungsreferat eine Umfrage bei den EUROCITIES-Mitgliedsstädten durch.

Beim Thema Inklusion bei der Mobilität in Städten wies die Landeshauptstadt München auf die zahlreichen Bemühungen hin, den öffentlichen Verkehr möglichst für alle selbstständig nutzbar zu gestalten. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr der neue Begleitservice für Menschen mit eingeschränkter Mobilität in München, den das Referat für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam mit Partnern seit Mitte 2015 kostenlos anbietet.

Arbeitsgruppe Barrierefreie Städte für alle

Im Juni tagte die Arbeitsgruppe Barrierefreie Städte für alle in Lissabon. Die Stadt präsentierte Beispiele von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Es gab eine Führung durch das noch nicht eröffnete Museum der Bank von Portugal, das mit großem Aufwand barrierefrei angepasst wurde.

Verantwortung als öffentlicher Auftraggeber

Die EUROCITIES-Arbeitsgruppe Kommunale Daseinsvorsorge mit rund 30 europäischen Städten bringt gezielt städtische Interessen in die EU-Politik ein und initiiert politische Stellungnahmen.

Seit 2013 hat München den Vorsitz in der EUROCITIES-Arbeitsgruppe Kommunale Daseinsvorsorge. Im vergangenen Jahr standen das Beihilferecht, das öffentliche Auftragswesens, aber auch internationale Handelsabkommen im Mittelpunkt. Ein weiterer Fokus lag auf der Umsetzung des EU-Richtlinienpakets zur öffentlichen Vergabe und den sich daraus bietenden Möglich-

keiten. In der EUROCITIES-Erklärung zur Arbeit vom Februar 2015, an deren Abfassung sich auch die Stadt München beteiligt hatte, wird ausdrücklich auf die Verantwortung der europäischen Städte als öffentliche Auftraggeber und ihre Rolle für die lokale Wirtschaft hingewiesen.

Die Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge tagte im November in Brüssel zusammen mit der EUROCITIES AG zum sozialen Wohnungsbau. Stadträtin Gabriele Neff (FDP) nahm als politische Vertreterin Münchens an der Sitzung teil. Besprochen wurden die Auswirkungen der neuesten Entscheidungen des EuGH auf die

Förderung des sozialen Wohnungsbau in den Mitgliedsstädten. Die Arbeitsgruppen entschlossen sich, mit einem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip und das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen in der geplanten EUROCITIES-Stellungnahme über „Staatliche Beihilfen und Daseinsvorsorge“ zu fordern, dass die europäischen Beihilferegeln für den sozialen Wohnungsbau flexible Regelungen enthalten, die auf den sozialen Zusammenhalt in den Städten Rücksicht nehmen.

Neues Netzwerk fördert die Jugendarbeit

Das neu gegründete europäische Netzwerk im Bereich Jugendarbeit, InterCity Youth, traf sich erstmals im November 2015 in Göteborg. Das Sozialreferat ist Mitglied im Netzwerk und tauscht sich mit europäischen Städten aus. In vielen Ländern sind Ausgangsbedingungen, Themen, Zielgruppen und die damit verbundenen Herausforderungen ähnlich, und vor allem eint die Jugendarbeit (nicht nur) in Europa eines: die Unterstützung junger Menschen in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund standen folgende Themen auf der Konferenz im Mittelpunkt:

- Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit
- (Nicht-formales) Lernen in der Jugendarbeit
- Soziale Inklusion – Strategien zur Erreichung schwieriger Zielgruppen
- Integration und Toleranz – Jugendarbeit und die Arbeit gegen radikalen Extremismus.

Gemeinsame Projekte

Ziel der Tagung war es unter anderem relevante Themen für die weitere Zusammenarbeit im Netzwerk InterCity Youth zu identifizieren und vor allem gemeinsame transnationale Projekte anzudenken und deren Realisierung auf den Weg zu bringen. Die deutschen Teilnehmenden haben dabei unter anderem folgende konkrete Ideen und Projektvorhaben mitgebracht:

- eine Peer-To-Peer-Review in ausgewählten Stadtteilen zum Thema „Was sind förderliche Bedingungen, um die Beteiligung von Mädchen noch zu verbessern“
- Prüfung der Nutzung und Übertragbarkeit des schwedischen Qualitätssystems von KEKS
- Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes für demokratische (politische) Jugendbildung
- Sichtung und Prüfung der Übertragbarkeit des „Young Peoples Wellbeing Report“ der Stadt Helsinki. Dieser Bericht könnte Vorbild sein für einen regelmäßigen kommunalen Jugendbericht.

München vernetzt sich weltweit für Bildung und kulturelle Vielfalt

München ist seit 2003 als einzige deutsche Stadt Mitglied im Städtenetzwerk Association of Educating Cities. Im September 2015 formierte sich nun die Northern European Working Group, in der der Fachbereich Internationaler Austausch/Europabüro des Pädagogischen Instituts im RBS die Landeshauptstadt vertritt. Auf dem Treffen in Helsinki lag der Fokus zunächst auf organisatorischen Fragen, bevor ein Austausch von Best Practices zum Thema „The city as a school“ stattfand.

Anders als beispielsweise bei EUROCITIES handelt es sich bei der Association um eine weltweite Vereinigung, in der Städte jeder Größe vernetzt sind (487 Städte aus 37 Ländern). Der Begriff Bildung ist hier im umfassenden Sinne zu verstehen: Eine Stadt wird aufgrund ihres „Stadtseins“ per se als „lernend und bildend“ gesehen. Sie „bildet“ sich selbst bereits durch ihre vielfältige Einwohnerschaft, aber auch durch Stadtplanung in Bezug auf Infrastruktur, Gesundheit und Umwelt, Ziele und Ausgaben im Bereich der formalen und nonformalen Bildung und kulturellen Einrichtungen. Insgesamt stehen Demokratisierung und Partizipation im Vordergrund. Die Charta stützt sich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, den Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte, die UN-Kinderrechtskonvention, die Erklärung der Weltkonferenz „Bildung für alle“ und auf die allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt. Insofern ist die Arbeit des Netzwerks für alle Referate interessant.

Treffen der EU-Koordinatoren bayerischer Kommunen

Die Arbeitsgemeinschaft der EU-Koordinatoren bayerischer Kommunen bündelt kommunale Interessen in Europafragen. Beim Treffen in München standen unter anderem der obligatorische Erfahrungsaustausch sowie die systematische Strukturierung und der weitere Ausbau des Netzwerks auf der Agenda.

Stadträtin Lydia Dietrich (Die Grünen/Rosa Liste) empfing die EU-Koordinatoren im Rathaus. Europathemen mit Kommunalbezug wurden während der zweitägigen Sitzung erörtert. Tobias Winkler, geschäftsführender Leiter des Informationsbüros des EU-Parlaments in München, berichtete über die Aufgaben des Büros und bat die Kommunen um verstärkte Zusammenarbeit. Joachim Menze, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München, richtete den Fokus auf Herausforderungen in Europa mit Kommunalrelevanz und konnte viele Fragen der Teilnehmer zu kritischen Punkten beantworten. Der Themenbogen reichte von der Urbanen Agenda, dem Europäischen Transparenzregister bis hin zum Freihandelsabkommen TTIP.

Schwerpunkte des Treffens waren die Projekt- und Fördermöglichkeiten für Kommunen in der Periode 2014 bis 2020. Tanja Simon vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen berichtete über INTERREG-Projekte, Martin Reichel, Geschäftsführer der Bayerischen Forschungsallianz (Bayfor), sprach über Unterstützungsmöglichkeiten für die bayerischen Kommunen und Dr. Ing. Elisabeth Osinski von der Nationalen Kontaktstelle Umwelt informierte über die Themen Forschung und Innovation im neuen EU-Rahmenprogramm Horizont 2020 und den Kommunen als Projektpartner.

Am zweiten Tag besichtigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die erste Münchner Mobilitätsstation an der Münchner Freiheit und gewannen einen Eindruck über die Komplexität einer Initiative dieser Größenordnung.

KOMM

WUWU

KA

TOWN



Reden über Europa

Europäische Themen zu kommunizieren und für die Bürgerinnen und Bürger verständlich zu machen, war auch 2015 ein wichtiger Baustein der Europastrategie.

Es war ein Jahr der Krisen, diesmal nicht nur geprägt von den Turbulenzen um die Finanzen Griechenlands, sondern auch von der enormen Zahl an Flüchtlingen, die nach Deutschland und zeitweise besonders zahlreich nach München kamen. Europa steht vor einer Bewährungsprobe, deshalb galt es, besonders 2015 in der nach außen gerichteten Kommunikation zu erklären, wieso die Europäische Union so wichtig für Frieden und Entwicklung ist und wie die Landeshauptstadt München in fast allen Bereichen des täglichen Lebens in ihre Politik eingebunden ist. Ein schon bewährtes Mittel: Der Europa-Tag.

Europa-Tag auf dem Marienplatz

Am 8. Mai, dem 70. Jahrestag des Kriegsendes, feierte die Landeshauptstadt mit den Vertretungen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in München sowie der Europa-Union München e.V. mit Tausenden Bürgerinnen und Bürgern Europa. Bürgermeister Josef Schmid begrüßte die Gäste, Tanzgruppen und Bands sorgten für Stimmung, Politiker diskutierten mit Schülerinnen und Schülern. Die bayerischen EU-Parlamentarier Prof. Klaus Buchner (ÖDP), Monika Hohlmeier (CSU), Barbara Lochbihler (Die Grünen) und Ulrike Müller (Freie Wähler) beantworteten die Fragen zur Flüchtlingskrise, TTIP und vielem mehr. Birgit Kappel, Moderatorin der Bürgersendung des Bayerischen Fernsehens „Jetzt red i – Europa“, moderierte. An den Infoständen diskutierten Fachleute mit den Gästen, zum Beispiel über Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens TTIP auf München oder über den Umgang der EU mit dem Flüchtlingsthema. Die Ausstellung „München – Partner

weltweit“ zeigte anlässlich des Europäischen Jahres für Entwicklung, wie München sich international engagiert. Die Jüngsten erkundeten Europa beim Kinderprogramm zum Beispiel bei der Landkartenwerkstatt.

Europa für Fachleute

In der Kommunikation mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt, die Europa-Projekte durchführen, mit Kolleginnen und Kollegen anderer Städte, mit Politikerinnen und Politikern sowie Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und von Netzwerken standen 2015 unterschiedlichste Themen zur Debatte: Münchner Beiträge an EU-Konsultationen wie zum Beispiel zur Gleichstellung wurden in Brüssel und Straßburg kommuniziert, zu TTIP stimmte sich die bayerische Metropole mit Partnern in München, Bayern, Deutschland und Brüssel ab. Im Newsletter „Europa aktuell“ wurden Münchner EU-Projekte wie „Smarter Together“ vorgestellt oder über die Urban Agenda, die die EU vorantreibt, informiert. Im Intranet Europa spiegelte sich, was der Arbeitskreis Europa der Münchner Stadtverwaltung thematisierte. In Netzwerken wie EURO CITIES oder dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE fand verstärkter Austausch unter anderem zur Daseinsvorsorge, der Flüchtlingsproblematik, Klima-, Bildungs- und Umweltthemen sowie zu sozialen Aspekten statt.





Europa transparenter machen



Der intensive Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern steht im Europe Direct Informationszentrum (EDI) im Fokus der vielfältigen Aktivitäten. Das Europäische Jahr für Entwicklung sowie für europapolitische Jugendbildung lieferten 2015 Gesprächs- und Diskussionsstoff.

Weitere brisante Themen nahm das EDI im Jahresprogramm auf und fragte unter anderem: Welchen Fahrplan verfolgt die EU im Kampf gegen terroristische Anschläge? Inwieweit stellen fremdenfeindliche Ressentiments und antidemokratische Bürgerbewegungen Europa auf die Probe? Wie lässt sich die zunehmende Distanz der britischen Bevölkerung zu Europa erklären, und welchen Weg wird Griechenland nach den Neuwahlen einschlagen? Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Forschung sowie Autoren und Journalisten klärten auf und diskutierten mit den Gästen.

Der Vertrag von Lissabon

Das EDI arbeitet nach dem Leitgedanken, Europa und die EU transparenter zu machen und das Europabewusstsein zu fördern. Darauf zielte auch eine szenische Lesung unter dem Motto „Sagt die Normgurke zum Genmais: Was war los in Lissabon?“ im Februar in der Europa-Lounge in der Stadtbibliothek Am Gasteig zum Vertrag von Lissabon ab. Während Themen wie die Normgurke und der Genmais engagiert von der Bevölkerung diskutiert werden, weiß kaum jemand, was es mit dem Vertrag von Lissabon auf sich hat. Und das, obwohl er im Wesentlichen die europäische Staatengemeinschaft prägt. Paul-Joachim Kubosch, damaliger Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München, und Thorsten Kerl, Studienleiter an der Europäischen Akademie in Bayern, kommentierten und erläuterten die Lesung aus dem „Vertrag von Lissabon“.

Bürgerdialog: Die Rolle der Kommunen

Im Juni diskutierten anlässlich des Europäischen Jahres für Entwicklung vor einem Fachpublikum in der Münchner Stadtbibliothek Sabine Drees (Deutscher Städtetag), Joachim Menze (Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München), Dr. Bernhard Felmberg (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Kai

Schäfer (Geschäftsführer des Vereins Nord Süd Forum München e.V.) über die Rolle der Kommunen in der Entwicklungspolitik. Ina Krauss (Redakteurin/Politikredaktion des Bayerischen Fernsehens) moderierte die Runde. Die Podiumsgäste erläuterten Ziele und Absichten der Europäischen Kommission beim Europäischen Jahr für Entwicklung 2015, die darin bestehen, einerseits die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und andererseits einen intensiven Austausch zwischen den Partnerkommunen auf Augenhöhe zu ermöglichen. Des Weiteren gingen die Redner auf die Kommunen und deren Möglichkeiten, die Entwicklungszusammenarbeit mitzugestalten, ein. In der anschließenden Runde mit Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum schilderten die Gäste viele persönliche Erfahrungen und forderten Antworten von den Experten. Im Anschluss wurde die Ausstellung „München – Partner weltweit“ eröffnet, die einen Überblick über das entwicklungspolitische Engagement der Landeshauptstadt München gab.

Jugendmesse: Ich bin dann mal weg!

In Zeiten wachsender Mobilität und grenzüberschreitender Engagements sollen junge Menschen möglichst früh möglichst viel über Auslandsaufenthalte wissen. Aus diesem Grund veranstaltete das EDI in Kooperation mit dem Jugendinformationszentrum München sowie der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig im Oktober eine Europäische Jugendmesse unter dem Motto „Ich bin dann mal weg!“ Dabei standen zwei Tage lang kompetente Beraterinnen und Berater von gemeinnützigen Organisationen bereit, um Jugendliche und junge Erwachsene über Freiwilligendienste, Schüleraustauschprogramme, Au-Pair-Aufenthalte, Sprachreisen, Praktika und Jobben im Ausland zu informieren. Die Veranstaltung ermöglichte einen kritischen Blick auf die Nachhaltigkeit von Freiwilligendiensten und bot gleichzeitig Raum für Diskussionen und Gespräche über den sogenannten VolunTourismus. Sowohl thematische Inputs zu Auslandsprogrammen als auch eine Filmvorführung, Gespräche und Vorträge gab es zusätzlich für Schulklassen. Begleitend zur Messe und bis einschließlich 7. November war die Ausstellung „Raus von Zuhause – Wege ins Ausland“ des europäischen Jugendinformationsnetzwerkes eurodesk zu sehen.

➤ www.muenchen.de/europe-direct



Die EU und die Medien

Die vielen Menschen, die vor Krieg und Terror in Europa Schutz suchen, stellen die EU nach den Turbulenzen um Griechenland vor eine erneute Herausforderung. Europäische Themen erhalten auch deswegen weiterhin viel Aufmerksamkeit. Wie ist das Verhältnis der Medien zu Europa? Greift die Lokalpresse EU-Themen auf und stellt Zusammenhänge her? Oder haben EU-Themen in den lokalen Medien nur bei Krisensituationen Relevanz? Fragen wie diese standen beim Netzwerktreffen im Oktober im Festsaal des Alten Rathauses im Mittelpunkt.

Neu war das Format: Die Fishbowl-Diskussion. Die Methode hat ihren Namen nach der Sitzordnung: Sie gleicht einem Goldfischglas, um

das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Kreis herum sitzen. Im „Glas“ saßen neben Bürgermeister Josef Schmid die Journalisten Birgit Kappel, Bayerisches Fernsehen, Wolfgang Hauskrecht, Leiter der Redaktion München-Stadt des Münchner Merkur, sowie Prof. Carsten Reinemann, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, LMU München, und Tobias Winkler, Geschäftsführender Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München. Moderiert wurde die von der Flüchtlingsthematik beherrschte kontroverse Diskussion von Dr. Clemens Verenkotte, Außenpolitik-Experte des Bayerischen Rundfunks.

Rund 80 Gäste hatten sich um die Fishbowl gruppiert, und wer sich an

der Diskussion beteiligen wollte, nahm auf dem leeren Stuhl in der Mitte der kleinen Runde Platz. Bürgermeister Josef Schmid sagte zur Eröffnung: „Die Frage ‚Aufmerksamkeit nur wenn’s schief läuft‘ ist mit Sicherheit nicht einfach zu beantworten. Zumal die Berichterstattung zu europäischen Themen eine Herausforderung ist. Es ist sicherlich nicht immer leicht, die Komplexität Europas und der EU in den Medien darzustellen.“ Auch wenn klar sei, dass Journalismus Probleme ansprechen, auf Missstände hinweisen und Unrechtmäßigkeiten aufdecken müsse, sei die Frage erlaubt: Brauchen wir nicht öfter einen konstruktiveren Ansatz der Medien? Medien, die Wissen vermitteln und einen europäischen Bürgersinn entwickeln helfen. Denn nur so werde es gelingen, Vorurteile abzubauen und eine europäische Öffentlichkeit herzustellen.

„Gerade in diesem Zusammenhang sehe ich die Regional- und Lokalpresse auch in der Verantwortung, verstärkt europäische Themen aufzugreifen und Zusammenhänge herzustellen. Nicht nur zu Krisenthemen, sondern auch zu den Errungenschaften eines vereinten Europas. Dies würde unweigerlich dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger Europa nicht nur als etwas weit Entferntes wahrnehmen, sondern etwas, das tagtäglich vor ihrer Haustüre passiert“, sagte Schmid weiter.

Engagiert für den Frieden in Europa

„Vukovar – eine Botschaft des Friedens“ lautete der Titel einer Fotoausstellung im Foyer des Referats für Arbeit und Wirtschaft im November. Der Kroatische Weltkongress in Deutschland e.V. war Schirmherr der Veranstaltung zum Gedenken an den Jahrestag des Falls der Stadt Vukovar am 18.11.1991. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit der Vereinigung kroatischer Studenten München e.V., die sich für den Frieden in Kroatien engagiert.

P

R

O

J

E

K

T

E



Interaktiver Routenplaner für Radler

Ein interaktiver Routenplaner für Fahrrad und öffentlichen Nahverkehr im Großraum München ist das Ergebnis des EU-Projekts PUMAS, das im Sommer 2015 erfolgreich abgeschlossen wurde.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) und der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVG) waren mit Venedig (Projektleitung), Wien, Turin, Lyon, dem URS Nova Gorica (Institut für Stadtplanung der Republik Slowenien) und der Fernuniversität Hagen Partner im Projekt PUMAS des Alpine-Space-Programms der Europäischen Union. PUMAS steht für Planning Sustainable regional-Urban Mobility in the Alpine Space (Planung nachhaltiger regional-städtischer Mobilität in den Alpen). Ziel von PUMAS ist eine nachhaltige umweltfreundliche Verbesserung der Mobilität in städtischen Ballungs- und den umgebenden Siedlungsräumen.

Der Münchner Projektbeitrag beinhaltet die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel im Freizeitverkehr und insbesondere eine bessere Integration des Rad- und des öffentlichen Nahverkehrs. Das vom RGU im Internet angebotene rein innerstädtische Fahrradrouting wurde mit dem Fahrplanangebot des MVG vereinigt und in die Region hinaus ausgedehnt. Der neue Radroutenplaner des MVG ermöglicht eine individuelle kartensbasierte Fahrradroutenplanung in einer Region von 5500 Quadratkilometern, von Moosburg im Norden bis Bad Tölz im Süden, von Ebersberg im Osten bis zum Ammersee im Westen. Integriert in die Fahrplanauskunft des MVG ist nun flächendeckend im gesamten MVG-Raum eine individuelle Routennavigation möglich.

Nach Eingabe von Start und Ziel kann der Routenplaner automatisch neben der schnellsten Route auch eine „grüne“ Route ermitteln, die möglichst durch Wälder, Wiesen und Parks führt. Auf der „Familienroute“ werden die Radfahrer so geleitet, dass große Kreuzungen möglichst vermieden werden. Auf Wunsch ermittelt das System auch individuelle Kombinationen von Fahrrad- und Schnellbahn-Teilstrecken. Ebenso sind Fahrradsysteme wie „Call a Bike“ und „NextBike“ auf der Internetkarte abrufbar.

➤ rad.mvv-muenchen.de

Sieben Millionen Euro von der EU für Qualifizierungsprogramme

Der Münchner Stadtrat hat die weitere Förderung von Projekten des Münchner Beschäftigungs- und

Qualifizierungsprogramms (MBO) in Höhe von drei Millionen Euro beschlossen. Zugleich hat die Landeshauptstadt damit verbunden sieben Millionen Euro EU-Mittel für kommunale Projekte einwerben können.

Insgesamt stehen damit zehn Millionen Euro zur weiteren Förderung der EU-Projekte „power_m“, BIWAQ und AMIGA sowie der Projekte guide Existenzgründung von Frauen und „MOVE Servicestelle München“ zur Verfügung. Das MBO hat ein Gesamtbudget von 29 Millionen Euro. Josef Schmid, Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, freut sich: „Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm ist unser kommunales Arbeitsmarktprogramm mit einer großen Bandbreite und beachtlichen Erfolgen. Das MBO ist auch unsere Münchner Antwort auf den prognostizierten Fachkräftemangel. Diesen Fördertopf nach München geholt zu haben, ist ein großer Erfolg für unsere Stadt.“

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft steuert die EU-Projektverbünde „power_m“ und BIWAQ sowie das Projekt AMIGA und kofinanziert sie mit Mitteln des MBOs. Die Projekte im einzelnen:

power_m betreute seit 2009 knapp 3000 Personen beim Wiedereinstieg in den Beruf, integrierte davon 64 Prozent in den Arbeitsmarkt und baute die Kooperation mit Arbeitgebern weiter aus. **AMIGA** ist seit 2013 auf dem lokalen Arbeitsmarkt aktiv, spricht erfolgreich (hoch-)qualifizierte Migrantinnen und Migranten an und bietet Unterstützung beim adäquaten Einstieg in den Arbeitsmarkt. **guide Existenzgründung von Frauen** hat bis Mitte März 2015 bereits mehr als 900 Personen beraten, in Workshops qualifiziert und damit die ursprünglich vereinbarte Zielzahl von 500 Teilnehmerinnen fast verdoppelt. **MOVE** ist das Nachfolgeprojekt des bisherigen ZAK (Zentrum für Angewandte Kompetenz) und steht für Mentoring, Orientierung, Vorträge, Expertinnen. MOVE richtet sich an (hoch-)qualifizierte Frauen und umfasst Unterstützung beim Berufseinstieg und bei der Verbesserung der beruflichen Positionierung. Der Projektverbund **BIWAQ** – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – leistet einen Beitrag zur integrierten, sozialen Stadtentwicklung für benachteiligte Stadt- und Ortsteile und ihre Bewohner.

➤ www.muenchen.de/mbq



Eine erfolgreiche Kombination: EU-Projekte und Künstlerresidenzprogramme

Es begann mit „open here ...“ 2005 und fand seinen vorläufigen Höhepunkt in „What’s the deal?“ 2015: Die Bilanz eines intensiven Jahrzehnts europäischer Kulturarbeit mit nachhaltiger Wirkung, das geprägt war von der erfolgreichen Verbindung von Projekten und Strukturen, von EU-Förderung und Artist-in-Residence-Programmen, lässt sich sehen.

„Migration bedeutet, dass die Frau, die dein Apartment putzt, in ihrer Heimat Mathematik studiert hat. [...]“ Dieses Zitat des Künstlers Stefanos Pavlakis, heute aktueller denn je, entstammt der Dokumentation des Projekts „open here: constructions connections: community, art, and diversity in a common europe“ aus den Jahren 2005 bis 2007. Die Münchner Künstlerin Judith Egger unternahm damals mit einem umgebauten Lkw eine Europareise der anderen Art. Sie dockte an alternative Festivals an, lud Menschen ein, auf der zur Bühne verwandelten Ladefläche miteinander zu jammen und zu diskutieren. Auf ihrem Weg sammelte sie Erfahrungen, (Alltags-)Gegenstände und brachte neben diesen auch Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende selbst für gemeinsame Aktionen nach München und in die Partnerstädte.

Einfluss von Migration

Das EU-Projekt „MELT: Migration in Europe and Local Tradition“ von 2008 bis 2009 knüpfte an das Thema an und beschäftigte sich mit dem Einfluss von Migration auf lokale künstlerische Traditionen. Das Teilprojekt „Making Musi“ besteht bis heute fort und ist ein nachhaltiges Beispiel dafür, wie EU-Projekte neben dem internationalen auch den interkulturellen Austausch vor Ort beflügeln können.

Urbane Szene Europas

Dagegen beschäftigte sich das jüngste Projekt „What’s the deal?“, in Kooperation mit Kunstzentrat e.V. und Partnern aus den Niederlanden, Slowenien und Österreich, mit den urbanen Szenen Europas vom Skateboarding bis zur Mural Art, vom Urban Biking bis zum Design, zur Medienkunst und zu den florierenden Do-it-yourself-Kulturen und deren Bezug zu Nachhaltigkeit.



Über Europa hinaus

Stark nach Europa geöffnet hat sich in den vergangenen Jahren die Theaterszene Münchens. Das Festival SPIELART initiierte regelmäßig europäische Netzwerkprojekte, die jungen aufstrebenden Künstlerinnen und Künstlern, Theaterkritikern und Programmachern erste internationale Arbeiten und Erfahrungen ermöglichen, wie die Initiative „Festivals in Transition“ oder die Mentorenprojekte WHAT'S NEXT? (2007), CONNECTIONS (2009), CONNECT CONNECT (2011) und „Global City – Local City“ (2012). Das jüngste EU-geförderte Projekt des Festivals, „Urban Heat“, richtete 2015 den Blick sogar verstärkt über Europa hinaus. Und auch das Pathos Theater aus der Freien Szene hat sich mit dem Projekt „Phone Home“ im Jahr 2015 die Unterstützung durch die EU gesichert.

Artist-in-Residence-Programm

Die Villa Waldberta, das internationale Künstlerhaus der Landeshauptstadt München, und das 2011 eingerichtete Artist-in-Residence-Programm im Ebenböckhaus boten für viele der Projekte die passenden Rahmenbedingungen. Durch sie war es möglich, den zahlreichen Gastkünstlerinnen und Gastkünstlern die mehrmonatigen Arbeitsaufenthalte zu ermöglichen, die für den Erfolg entscheidend waren. Beim EU-Projekt „On AiR“ unter der Leitung der niederländischen Institution TransArtists, an dem sich das Kulturreferat als Partner beteiligte, waren Artist-in-Residence-Programme und die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern sogar selbst Themen.

Menschen auf der Flucht

Mit dem Programm „Exodus – Menschen auf der Flucht“ trug die Münchner Volkshochschule die Debatte in die Stadtgesellschaft: Wie kann eine humane europäische Flüchtlingspolitik aussehen? Können sich die Staaten Europas auf eine faire Teilung der Verantwortung verständigen? Was muss geschehen, damit Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen gelingen?

Flüchtlingen helfen

In mehr als 120 Veranstaltungen – Führungen und Begegnungsveranstaltungen, Vorträgen, Filmen und Ausstellungen – wurden diese und viele weitere Fragen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft diskutiert. Auch Menschen, die selbst die Erfahrung von Flucht und Zuflucht gemacht haben, kamen dabei zu Wort, denn hinter der großen Zahl der Geflohenen an den Binnengrenzen der Schengenzone und den Bildern der in Lampedusa anlandenden Boote geht der Blick auf einzelne Schicksale leicht verloren. Neben Einblicken in Fluchtgründe, Heimatländer und das neue, ungewisse Leben der Flüchtlinge in Deutschland wurden auch Wege aufgezeigt, wie sich die Münchnerinnen und Münchner für geflohene Menschen engagieren können.

Gleichzeitig informierte „Exodus“ über das Engagement der Münchner Volkshochschule in der Bildungsarbeit mit Flüchtlingen: Das Schulabschlussprojekt für junge Flüchtlinge (Projekt FlÜB&S) oder das Angebot von Deutschkursen in der Erstaufnahmeeinrichtung McGraw-Kaserne (Projekt „Komm rein“) sind nur zwei Beispiele von sprachlichen und kulturellen Hilfestellungen, die die mvhs Flüchtlingen gibt. Und mit fast 30 000 Menschen ist 2015 die Zahl der Menschen, die Deutsch bei Münchens größtem Träger für Deutschunterricht lernen, weiter gestiegen.



Zu frühe Schulabgänge verhindern

Das EU-Urbact-Projekt PREVENT fokussierte seine Arbeit auf die Rolle der Eltern, um zu frühe Schulabgänge von Jugendlichen zu verhindern. Die Landeshauptstadt München war von Januar 2013 bis Mai 2015 Partner. Das Projekt beinhaltete einen intensiven Ideenaustausch zwischen den zehn beteiligten europäischen Städten sowie die konkrete Weiterentwicklung und Vernetzung von bestehenden Münchner Projekten und Ansätzen.

Die Reduzierung von frühen Schulabgängen – das sind 18- bis 24-Jährige, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen – ist auf europäischer Ebene von großer Bedeutung. Zielsetzung in der Strategie „Europa 2020“: weniger als zehn Prozent. Die Kooperation mit Eltern wird dabei von allen europäischen Partnern als wichtiger präventiver Ansatz gesehen.

Neben der Stadt Nantes (Frankreich) als führendem Partner wirkten München, Catania (Italien), Tallinn (Estland), Den Haag (Niederlande),

Usti nad Labem (Tschechische Republik), Sofia (Bulgarien), Stockholm (Schweden), Antwerpen (Belgien) und Gijón (Spanien) bei dem Projekt PREVENT mit.

In Den Haag wurde im November 2014 die erste PREVENT-Vereinbarung unterzeichnet, in der sich die Städte auf gemeinsame Anstrengungen zur Verhinderung frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabbrüche verpflichten. Diese Selbstverpflichtung wurde in München durch die Unterzeichnung der zweiten PREVENT-Vereinbarung erneuert und weiter konkretisiert. Außerdem wurde eine lokale Unterstützungsgruppe aus Fachleuten, Eltern, Vereinen und städtischen Abteilungen gegründet, die bis Projektende einen lokalen Münchner Aktionsplan erarbeitet hat, der unter Beteiligung relevanter Akteure umgesetzt werden soll.

Meldungen

Auf den Spuren der Inklusion in Edinburger Kindertagesstätten

Welche Rolle spielen die kulturellen Besonderheiten Schottlands im Prozess der Integration und Inklusion? Welche Gesamtkonzeption gibt es dazu in Schottland? Fragen wie diese und praktische Mitarbeit vor Ort standen im Mittelpunkt eines Aufenthalts von zehn städtischen Pädagoginnen und Pädagogen aus dem frühkindlichen Bildungsbereich in Schottland.

Anlass war das Projekt „Inclusion in Early Childhood Education and Care“, das im Referat für Bildung und Sport als Kooperation des Fachbereichs Internationaler Austausch/Europabüro am Pädagogischen Institut und der Fachberatung Interkulturelle Pädagogik und Sprache im Geschäftsbereich KITA zum dritten Mal durchgeführt wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich im September in Edinburgh zunächst in Workshops der Münchner Partnerorganisation Confluence Scotland mit dem schottischen Bildungssystem, der englischen Fachterminologie und dem Stand der Inklusion in Schottland auseinander. Anschließend arbeiteten sie in Kindertageseinrichtungen vor Ort. Das Projekt lieferte nicht nur neue Impulse für die Weiterentwicklung inklusiver Ansätze in den Münchner Einrichtungen, sondern hat die Pädagoginnen und Pädagogen auch zur ganz individuellen beruflichen Weiterentwicklung angeregt.

Bildungskooperation mit Bozen

Das inklusive Bildungssystem in Bozen vermittelte den Vertreterinnen und Vertretern des Referats für Bildung und Sport bei einer Informationsfahrt jede Menge Anregungen. Vorbereitet wurde die Fahrt nach Südtirol vom Deutschen Bildungsbüro in Absprache mit dem Fachbereich Internationaler Austausch/Europabüro am Pädagogischen Institut. Die Münchner Gruppe erhielt in Bozen bei Schul- und Kindergartenbesuchen zahlreiche Informationen über Südtirols Bildungssystem, insbesondere zu

Sprachunterricht und Integration beziehungsweise Inklusion. Hier standen Projekte und Initiativen zur Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund im Fokus.

Angestoßen wurde eine langfristige Bildungscooperation zweier „critical friends“, die sich in regelmäßigen Abständen zu Spezialthemen austauschen und beraten wollen. So sind die Erkenntnisse der Informationsfahrt bereits unmittelbar in den im Oktober verabschiedeten Stadtratsbeschluss „Inklusion im Kindertageseinrichtungs- und Schulbereich. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Sachstandbericht und Konzeption“ eingeflossen. Sie werden außerdem bei den Planungen zur konkreten Umsetzung einer inklusiven Bildungslandschaft – wie beim Ressourcenbedarf und der Frage der Kommunikation – in allen Geschäftsbereichen berücksichtigt.

Studienfahrt nach Göteborg

Kann man vom europäischen Ausland lernen und so die Münchner Ansätze zur Berufs- und Bildungsberatung noch verbessern? Mit dieser Frage reisten vom 16. bis 19. März Vertreterinnen und Vertreter der Bildungsberatung, der Berufswegeplanungsstelle, der BildungsLokale, des Sozialreferats (IBZ Jugend), der Stadtteilbibliotheken, aber auch jeweils eine Vertreterin der Agentur für Arbeit (U25) sowie der Deutschen Angestellten-Akademie (Konzeption IBZ Jugend) nach Göteborg.



Studieren und restaurieren auf dem Campo Santo Teutonico



Besonders schöne und anspruchsvolle Aufgaben warteten im September wieder auf die angehenden Steinmetz- und Steinbildhauermeister der Landeshauptstadt München. Seit Jahren schon unterstützen die Schülerinnen und Schüler mit abgelegter Ausbildereignungsprüfung der Fachschule für Steintechnik die „Erzbruderschaft zur Schmerzhafte Muttergottes“ am Campo Santo Teutonico bei der Pflege und dem Erhalt ihres einzigartigen Friedhofes.

Für diesen Einsatz opfern sie und die begleitenden Lehrer und Ausbildungsmeister einen Teil ihrer Freizeit. Denn während im Unterricht in München theoretische Inhalte im Vordergrund stehen, kann in Rom der konkrete Transfer in die Praxis stattfinden.

Wappen wiederhergestellt

Eine der Aufgaben war die Restauration des Wappens von Papst Gregor XIII. (1572 bis 1585), auf dem Schlüssel und Tiara sowie das Familienwappen Gregors dargestellt sind. Der Papst hatte eine große Leidenschaft für Astronomie und initiierte die Kalenderreform. Die Restauration erfolgte im Rahmen des Projekts „Die Sepulkralkultur im Wandel der Geschichte“, das über das EU-Programm ERASMUS+ finanziert wird. Die

Sepulkralkultur ist Berufsbildungsthema der Fach- und Meisterschule und auch ein wesentlicher Berufsinhalt für die teilnehmenden Berufsbildungsverantwortlichen aus Klein- und Mittelbetrieben. Der Begriff leitet sich vom lateinischen sepulcrum ab (Grab/Grabstätte). Die bei den Römern ausgebildeten Traditionen waren im europäischen Kulturraum prägend für alle nachfolgenden Epochen. Sie bilden daher einen Formen- und Gestaltungsschatz, ohne den moderne Grabsitten und Bestattungstraditionen nicht mehr verstanden werden könnten. Zukünftigen Steinmetzen und Bildhauern ist es so möglich, auf einen erweiterten Formenreichtum zurückzugreifen, um bei Aufträgen neue Ideen einfließen zu lassen.

Selbst kreativ sein

Handwerker aus dem Steinmetz- und Steinbildhauerbereich in Deutschland verkaufen selten selbst entworfene und individuell gestaltete Grabmonumente, sondern treten als Händler auf, die häufig Fertigprodukte weitervermitteln. Vor diesem Hintergrund möchte die Fachschule das Bewusstsein für vorhandene Artefakte und deren Aussagen erweitern und eine Sensibilisierung des Berufsbildungspersonals für den gesellschaftlichen Wertewandel in der Sepulkralkultur erreichen.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit des Berufsbildungspersonals aus dem schulischen, handwerklichen und universitären Bereich sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Partnerorganisationen bringt Synergieeffekte, führt zu Perspektivenwechsel und so zur Schaffung neuen Wissens, das sowohl zur Qualitätssicherung der Ausbildung als auch zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beiträgt.



Rückkehrhilfe wichtiger denn je

2015 war für das EU-Projekt „Coming Home“ ein bedeutendes Jahr. Die Fördermittel, die das Büro für Rückkehrhilfen Anfang 2015 beim europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMI) beantragt hatte, wurden genehmigt. Von 2015 bis 2017 erhält das Sozialreferat zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen und Asylsuchenden rund eine Million Euro von der EU.

Die starke Zuwanderung von geflüchteten Menschen wirkt sich bereits deutlich auf die Rückkehrzahlen aus. Viele Menschen sind nach der Ankunft in Deutschland enttäuscht, sie kamen mit unrealistischen Vorstellungen und wollen nun so schnell wie möglich heim. Andere, vor allem die Zuwanderer aus den Balkanländern, haben keine Bleibeperspektive und ziehen die freiwillige Rückkehr einer Abschiebung vor. Sie vertrauen auf die Ankündigung der Bundesregierung, künftig den legalen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Vor allem für Personen, die sich nach vielen Jahren im deutschen Exil zu einer Rückkehr ins Heimatland entscheiden, ist eine

ausführliche Beratung und bedarfsgerechte Hilfe notwendig. Mehr als 600 Menschen hat „Coming Home“ bei der Rückkehr unterstützt, das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Dreifache.

Die EU-Förderung erhält „Coming Home“ jedoch nicht allein für die

Beratungsarbeit. Als Best-Practice-Modell dient das Projekt zum Auf- und Ausbau bundesweiter Beratungsstrukturen. Das Büro für Rückkehrhilfen bietet zu diesem Zweck Fortbildungen und Hospitationen für Beratungspersonal an, veranstaltet Fachkonferenzen und berät andere Städte und Landkreise.

Dänische Delegation beim Modell „Wohnen im Viertel“

„Wohnen im Viertel“ gilt als innovatives Modell zur Unterstützung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen in ihren eigenen vier Wänden. Das interessierte auch Vertreterinnen und Vertreter dänischer Unternehmen aus den Bereichen Gesundheit und IT, die Ende März 2015 den Standort des Wohn- und Versorgungsmodells der Städtischen Wohnbaugesellschaft GEWOFLAG in Obergiesing besuchten. Viele Menschen wollen auch bei eingeschränkter Mobilität, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit

in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung bleiben. Um diesem Wunsch gerecht zu werden, hat die GEWOFLAG vor einigen Jahren „Wohnen im Viertel“ entwickelt. Es ist inzwischen ein Erfolgsmodell im deutschen Pflegesektor. Vergleichbare Projekte gibt es in Dänemark momentan noch nicht. Das skandinavische Nachbarland möchte künftig seine geschäftlichen Beziehungen zu Süddeutschland stärken und setzt im Gesundheitssektor besonders auf die Themen Pflege und Digitalisierung.



„Primary Nursing“ als Vorbild für München

Der Münchner Stadtrat befasst sich intensiv mit der Verbesserung der Arbeitsorganisation in Altenpflege-Einrichtungen. Deshalb fand 2015 unter der Regie des Sozialreferats eine Studienreise zu zwei Pflegeeinrichtungen in Bern und Zürich statt, die das Organisationsmodell „Bezugspflege“ umsetzen. Das Modell bezieht sich auf das aus den USA stammende Konzept „Primary Nursing“, bei dem eine Pflegefachkraft die umfassende Verantwortung für die Pflege einer Bewohnergruppe übernimmt mit dem Ziel einer möglichst ganzheitlichen Versorgung.

Zwei Münchner Pflegeeinrichtungen, das Damenstift am Luitpoldpark und das Haus Sankt Martin der MÜNCHENSTIFT GmbH, erproben das Modell der Bezugspflege. Das Projekt „Qualitätsoffensive stationäre Altenpflege“ läuft bis 2018. Im Unterschied zur Bezugspflege orientiert sich die Pflege in Deutschland derzeit überwiegend an den Modellen der sogenannten Funktionspflege, die komplexe Pflegeprozesse in Einzeltätigkeiten zerlegt und auf einzelne Mitarbeiter verteilt, oder der Bereichspflege, bei der jede Pflegekraft jeweils für die Dauer einer Schicht die Verantwortung für eine Bewohnergruppe übernimmt.

Arbeiten im Team

An der Studienfahrt nahmen Stadträtinnen und ein Stadtrat sowie Vertreterinnen und Vertreter der Katholischen Stiftungsfachhochschule München (KSFH), der Evangelischen PflegeAkademie, des Damenstifts, der MÜNCHENSTIFT GmbH, der Gewerkschaft ver.di und des Sozialreferats teil. Die Studienfahrt hat gezeigt, wie die

Bezugspflege unter den jeweiligen Rahmenbedingungen in der schweizerischen Langzeitpflege umgesetzt wird. Die Verantwortung für Bewohnerinnen und Bewohner wird hierbei verstärkt akademisch qualifizierten Pflegenden und examinierten Pflegenden übertragen. Im Vordergrund steht das Arbeiten im Team, das von einer Pflegefachkraft hauptverantwortlich für die Planung und Organisation der Pflege geleitet wird.

Dualer Studiengang

Ein Thema der Studienfahrt war auch die Durchlässigkeit des schweizerischen Bildungssystems, wobei die Akademisierung der Pflegeberufe im Vordergrund stand. Von beiden Münchner Pflegeeinrichtungen, die das Modell Bezugspflege erproben werden, haben bereits Pflegenden den Dualen Studiengang der KSFH aufgenommen. Sie werden parallel in Kooperation mit der Berufsfachschule für Altenpflege der Evangelischen PflegeAkademie zu Pflegefachkräften ausgebildet.

Das Projekt „Qualitätsoffensive stationäre Altenpflege“ wird 2018 ausgewertet. Es befasst sich auch mit der Verbesserung der Bewohner- und der Mitarbeiterzufriedenheit. Das Projekt folgt der Fragestellung, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit eine stärkere Orientierung an der Bezugspflege erfolgen kann. Es geht zugleich um die Erprobung der entsprechenden Mischung von Qualifikationen und Fähigkeiten (Grade- und Skill-Mix).

Vier wechseln die Perspektive

Der fachliche Austausch mit europäischen Partnern stand im Mittelpunkt von vier durch Leonardo-da-Vinci-Mittel geförderte Hospitationen des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schauten Fachleuten in Amsterdam, Glasgow, Stockholm und Ljubljana über die Schulter.

Mit der PERSPEKTIVE MÜNCHEN gibt es seit Langem ein Stadtentwicklungskonzept für eine nachhaltige und integrierte Arbeitsweise. Doch auch hier endet der Lernprozess nie. „Auf in andere Städte“ lautete deshalb die Losung für Sylvia Pinterits, Oliver Zadow, Marco Hölzel und Stephan Schott vom Planungsreferat. Bereits 2013 fand die erste von vier Hospitationen statt. Drei Wochen wurde die Smart-City-Projektgruppe TRANSFORM in Amsterdam begleitet. Sie war eingebettet ins Team Energie und Klima; in flacher Hierarchie organisiert die Stadtplanung in Amsterdam alle Arbeit in Teams und Projekten.

Arbeit in Großraumbüros

2015 fanden drei weitere Hospitationen statt: In Glasgow beim städtischen Energieteam, in Stockholm bei der Stadtplanung und in Ljubljana beim slowenischen Planungsinstitut URS. In einer gemeinsamen Abschlusspräsentation in München wurde klar, was allen gemeinsam war: Alle Hospitantinnen und Hospitanten waren immer noch inspiriert und voll vom Wunsch, über die Erfahrungen zu berichten und sie in



Meldungen

FLOW

Das EU-Projekt FLOW (Untersuchung von Maßnahmen zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs im Kontext von Stauvermeidung) startete 2015 unter Beteiligung der Verkehrsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung. Es entwickelt neue Ansätze zur Untersuchung und Bewertung von Verkehrsproblemen durch Simulation. Der Fokus liegt auf der Fuß- und Radverkehrsförderung. Es wird im „Horizont 2020“-Programm der EU gefördert. Das Projektkonsortium besteht aus mehreren Partnern aus

Wissenschaft und Privatwirtschaft sowie sechs europäischen Städten. Neben München sind Budapest, Dublin, Lissabon, Gdynia und Sofia beteiligt, dazu kommen weitere Städte für den Austausch der Erkenntnisse.

➔ www.h2020-flow.eu

Work & Act

Im Förderprogramm BIWAQ (Bildung Wirtschaft Arbeit im Quartier) wird das Projekt „Work & Act“ gefördert. Projektträger sind die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) und das Deutsche

Erwachsenen-Bildungswerk (DEB). Gefördert wird im Rahmen der „Sozialen Stadt“ in Giesing (Tegernseer Landstraße/Chiemgaustraße) und Berg am Laim, Ramersdorf (Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße). Die Teilprojekte umfassen Fachqualifizierungen wie interkulturelle Pflege- und Betreuungsassistenz oder Hausmeister-Service-Assistenz sowie eine Stärkung der lokalen Ökonomie durch ein stadtteilbezogenes Einzelhandelsentwicklungskonzept und Leerstands- und Flächenmanagement. Die Federführung liegt beim Referat für

die eigene Arbeit einzubringen. Manches fand sich (fast) überall. So wurde in drei Städten in Großraumbüros gearbeitet. Sie unterstützen die fachliche Kommunikation, erschweren es aber auch, einmal ungestört zu arbeiten oder Platz für Arbeitsunterlagen zu finden, so der Tenor nach der Reise.

Stadtregionale Mobilität

Englisch als Arbeitssprache war nicht nur in Glasgow, sondern überall selbstverständlich – in Amsterdam wird im Online-Kalender vermerkt, in welcher Sprache eine Besprechung stattfindet. Das Leihradsystem der Stadtverwaltung in Glasgow beeindruckte durch flexible Lösungen und die Möglichkeit, die Räder auch privat zu nutzen. Um Energiearmut zu vermeiden, gibt es einen eigenen Aktionsplan. In Stockholm hat man keine Angst vor der Höhe, und in bewegter Topografie

finden sich überall acht-, zum Teil bis zu 22-stöckige Wohngebäude. Ein Geschosswohnungsbau in Växjö wurde als achtgeschossiger Holzrahmenbau realisiert. Da Stockholm wie München stark wächst, werden Überlandstarkstromleitungen durch Erdkabel ersetzt und damit nutzbare Flächen geschaffen. Das UIRS in Ljubljana war bereits als kompetenter Partner aus dem EU-Projekt MORECO bekannt. Während des Aufenthalts konnten stadtregionale Themen wie umweltfreundliche Mobilität vertieft werden.

Den intensiven Arbeitstagen folgten bei allen Aufenthalten ebenso intensive Freizeiten, um möglichst viel von Land und Leuten mitzunehmen. Doch auch wenn die Erschöpfung manchmal groß war – es war die Anstrengung wert.



Arbeit und Wirtschaft. Das Projekt ist Teil der integrierten Stadtentwicklung, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung und der MGS betreut wird.

ASTUS

Das MORECO-Folgeprojekt ASTUS (Alpine Smart Transport and Urbanism Strategies) wurde im „Interiere-vb-Alpenraumprogramm“ zusammen mit über 200 Projekten eingereicht. Obwohl es als eines von wenigen in die zweite Stufe kam, war es letztlich nicht unter den neun geförderten Projekten.

Das ist bedauerlich, aber dadurch eröffnet sich die Chance, das Projekt ASTUS in eine für die Landeshauptstadt München noch nützlichere Richtung hinsichtlich einer stärkeren Praxisorientierung zu lenken. Insbesondere könnten weitere Aktivitäten zur Umsetzung der Ergebnisse von „Älter werden in München“ aufgenommen und das Projekt ASTUS im Jahr 2016 erneut zur Förderung eingereicht werden. Im Juli 2015 fand ein Projektentwicklungsworkshop in München statt.

Kindertag

Wie schon im Vorjahr bot das Referat am schulfreien Buß- und Bettag im November den Kindern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein spezielles Programm. Dabei wurde erstmals auch ein Baustein zum Thema Europa angeboten. Eine Gruppe von zwölf Kindern malte und bastelte mit großem Engagement europäische Flaggen und rätselte über die Sprache und Herkunft von Kinderliedern aus verschiedenen Ländern der EU. Das Angebot wurde durch Materialien der EU und von EuropeDirect München unterstützt.



Die Stadtverwaltung denkt bunt

Für Europa, für Deutschland und auch für Kommunen wie die Landeshauptstadt München ist die Integration der Kriegsflüchtlinge die große Herausforderung der kommenden Jahre. 2015 hat die Münchner Willkommenskultur bereits weltweite Aufmerksamkeit erfahren. Aber nach dem Willkommen, der Unterbringung und dem Asylverfahren muss eine wirksame Integration anschließen.

Auch hier ist die Stadt München sehr aktiv, indem sie, auch in Kooperation mit anderen Trägern, Deutsch- und Integrationskurse sowie Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge anbietet und fördert. Gleichzeitig muss sich die größte kommunale Arbeitgeberin Deutschlands Gedanken darüber machen, wie und unter welchen Voraussetzungen Flüchtlinge in Zukunft bei der Stadtverwaltung arbeiten können. Für Dr. Thomas Böhle, Personal- und Organisationsreferent der Landeshauptstadt, ist die mögliche Beschäftigung von Flüchtlingen eine interessante Option: „Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir künftig mehr Zuwanderer beschäftigen, als wir das heute schon tun. Ich gehe davon aus, dass das hochmotivierte Menschen sind, die den

langen und beschwerlichen Weg nach Deutschland auf sich genommen haben. Sobald sie Deutsch gelernt haben und die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, sind sie natürlich auch als Auszubildende und Studierende bei der Landeshauptstadt sehr willkommen.“

Ausbildungsangebote für Flüchtlinge

Das Personal- und Organisationsreferat (POR) und das Referat für Bildung und Sport (RBS) haben 2015 ein Projekt auf die Beine gestellt, bei dem Auszubildende der Landeshauptstadt junge Flüchtlinge unterstützen. Geplant ist, dass das RBS in den Berufsvorbereitungsklassen für junge Flüchtlinge nach interessierten Personen sucht. Das Projekt startet mit dem Ziel, auch jungen Flüchtlingen Ausbildungsplätze anzubieten.

Praktikumsplätze für junge Migrantinnen und Migranten

Die Stadt München als größte kommunale Ausbilderin bietet für die Verwaltungsausbildungen und -studiengänge sogenannte „Schnupperpraktikumsplätze“ an. Die Möglichkeit, in diesem Rahmen bei der Landeshauptstadt ein Praktikum zu absolvieren, steht auch Flüchtlingen offen, beispielsweise,

wenn sie eine Berufsvorbereitungsklasse für junge Flüchtlinge besuchen und in diesem Rahmen ein Praktikum absolvieren müssen.

Fachkräfte gesucht! Gerne auch mit Migrationshintergrund

Eine bunte Stadt braucht eine bunte Stadtverwaltung. Für eine Arbeitgeberin wie München ist die angespannte Arbeitsmarktsituation eine immer größer werdende Herausforderung. Das POR hat deshalb bundesweit auf zehn Messen für neue Fachkräfte für die Stadtverwaltung geworben, die Ausbildungsabteilung suchte auf 15 Messen neue Nachwuchskräfte. Bei Bedarf werden sogar auch Messen im europäischen Ausland besucht oder Anzeigen in europäischen Medien geschaltet. Die Personalgewinnung hat auch die Direktansprache über die sozialen Medien verstärkt. Die Stadt versucht weiter intensiv, Fachkräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen und bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu unterstützen.

Prozess der interkulturellen Öffnung

Die Münchner Stadtverwaltung hat bereits 2008 einen Prozess der interkulturellen Öffnung begonnen. Eines der Ziele ist, prozentual

Entschieden gegen Diskriminierung

Die Landeshauptstadt ist eine Vorreiterin in Sachen Antidiskriminierung, unter anderem mit dem neuen Positionspapier „Gemeinsam. Für Respekt. Gegen Diskriminierung.“ Antidiskriminierung ist nach wie vor ein zentrales Thema europäischer Rechtsetzung und Rechtsprechung. So hat das Personal- und Organisationsreferat 2015 mit dem Positionspapier die Antidiskriminierungsvereinbarung weiterentwickelt und vertieft, die 2005, also bereits ein Jahr vor Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), beschlossen worden war.

Das Positionspapier gibt dem AGG ein Münchner Gesicht, denn es erläutert, wie die Landeshauptstadt München das AGG umsetzt, wie sie ihre Beschäftigten vor Diskriminierung schützt und was passiert, wenn es zu Diskriminierung gekommen ist. Es beschreibt, was einen respektvollen Umgang am Arbeitsplatz ausmacht und fordert alle Beschäftigten auf, ihren Beitrag dazu

zu leisten. Denn es geht auch um Solidarität und Zivilcourage und um Offenheit gegenüber Lebensweisen, die einem selbst fremd sind.

Ein zusätzliches Thema war die weitere Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in den städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften. Die städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften wurden durch den Stadtrat verpflichtet, umfassende Präventions- und Handlungskonzepte zu erarbeiten, um Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verhindern. Das Personal- und Organisationsreferat unterstützte durch Beratung bei der Konzepterstellung und durch die Entwicklung von individuell angepassten Inhouse-Seminaren zu den Themen AGG und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte für diese Themen weiter zu sensibilisieren.

genauso viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu beschäftigen, wie in der Stadt München im erwerbsfähigem Alter leben. Denn eine moderne, zukunftsorientierte Stadtverwaltung sollte immer auch die Stadtgesellschaft widerspiegeln, für die sie tätig ist. Bereits über 22 Prozent der Studierenden und Auszubildenden bei der Stadt haben einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil soll mit weiteren verstärkt zielgruppenorientierten Maßnahmen auf 25 Prozent gesteigert werden.

Interne Kommunikationskampagne zu „München denkt bunt“

Interkulturelle Öffnung bedeutet für die Stadtverwaltung einen Kultur- und Wertewandel. Bestehende Strukturen und Angebote werden auf Ausgrenzungsmechanismen untersucht, und alle Fach- und Verwaltungskräfte werden ermutigt, ihre interkulturelle Kompetenz weiter auszubilden. Eine im Herbst 2015 gestartete interne Kommunikationskampagne versorgt die Belegschaft der Stadtverwaltung systematisch mit vielen interessan-

ten Informationen rund um das Thema. Zusätzlich ist ein „Geschichtenbuch“ in Arbeit, in dem städtische Autorinnen und Autoren die Migrationsgeschichten von Kolleginnen oder Kollegen erzählen.



Inklusionspreis „JobErfolg 2015“

Anfang Dezember 2015 erhielt die Landeshauptstadt München den Inklusionspreis „JobErfolg 2015“. Der Preis ist eine Auszeichnung des Bayerischen Landtages, des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und der bayerischen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung.

Europa fördert die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen der „Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020: Erneutes Engagement in Europa.“ Auch die Landeshauptstadt München wirkt hier aktiv mit und wurde für die gelungene Einbindung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben und für die gezielte Gewinnung von Menschen mit

Behinderung für die Ausbildung in der Kategorie „Öffentlicher Dienst“ ausgezeichnet. Die Landeshauptstadt hatte sich mit neun unterschiedlichen Instrumenten und Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung, Fortbildung, Abbau von Berührungängsten, barrierefreie Wissensvermittlung im Intranet und Betriebliches Eingliederungsmanagement beworben.



Know-how-Transfer für mehr Energieeffizienz

Rund 2000 Kilometer trennen die bayerische und die ukrainische Hauptstadt voneinander, doch sind München und Kiew seit 1989 eng miteinander verbunden. Seit einigen Jahren besteht ein reger Wissenstransfer in Klima- und Umweltschutzfragen.

Gemeinsam mit der international tätigen Umweltorganisation WECF e.V., der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) und weiteren Akteuren wird an der Verbesserung der Energieeffizienz und am Aufbau regenerativer Energien gearbeitet. Wertvolles Know-how wird weitergegeben. Klimaschutzmaßnahmen und -projekte aus beiden Städten stehen im Mittelpunkt des Erfahrungsaustauschs.

Die Ukraine ist eines der energieineffizientesten Länder weltweit und europaweit der fünftgrößte Energieverbraucher mit einem sehr großen Potenzial für die Verbesserung der Energieeffizienz und Energiesparmaßnahmen. Eine ausreichende und zuverlässige Energieversorgung ist – vor allem in den Wintermonaten – nicht immer gesichert.

Soziale Auswirkungen

Diese Situation verschärfte sich seit Beginn der Auseinandersetzungen mit Russland, die zu einer schwerwiegenden Energiekrise führten, was auch unmittelbare soziale Auswirkungen hat. Die Ukraine muss zwingend ihre Energieeffizienz steigern, um eine sichere Energieversorgung zu erhalten, die Abhängigkeit von schwankenden Importen zu verringern und durch Investitionen die lokale Wertschöpfung zu steigern.

Netzwerke aufbauen

Damit langfristige und nachhaltige Maßnahmen in Sachen Energieeffizienz greifen können, arbeiten die Partnerstädte in einem Projekt zusammen, das Ende 2015 mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – über das Förderprogramm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ – startete. Ziel des Projekts „Beratungs- und Qualifizierungsangebote zu Energieeffizienz in Kiew“ ist es, bis April 2018 eine dauerhafte Beratung zu Energieeffizienz für Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen zu etablieren und ein lokales Know-how-Netzwerk aufzubauen mit Fachkräften aus Handwerk, Planung und Verwaltung, die eng mit dem Energieeffizienz-Zentrum zusammenarbeiten.

Kooperationen mit Kiew

Kiew ist eine der sieben Partnerstädte Münchens. In den vergangenen Jahren sind viele Aktivitäten und Kooperationen realisiert worden: Schulpartnerschaften wurden geschlossen, Begegnungen zwischen Kirchengemeinden organisiert sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen gegründet. Auch Kooperationen zwischen den Stadtverwaltungen im Rahmen von EU-Projekten sind Bestandteil der Städtepartnerschaft. Im Projekt „Smarter Together“ nimmt Kiew als Beobachter teil.



Menschenrechtsarbeit in Kiew

Besonders Homo-, Trans- und Bisexuelle (LGBT) leiden unter der Missachtung ihrer Rechte. Eine Gruppe aus der Münchner Szene setzt sich daher zusammen mit der Kiewer LGBT-Community dafür ein, vereint Menschenrechte auch für Homo-, Trans- und Bisexuelle geltend zu machen.

Gleichzeitig geht es darum, den Betroffenen in der Ukraine zu zeigen, dass ihre Community für sie identitätsstiftend sein kann und eine Heimat bietet, für die es sich zu kämpfen lohnt. Daraus entstanden ist eine Szenepartnerschaft, die von der Gruppe Munich Kiev Queer koordiniert wird.

Die Landeshauptstadt München begrüßt und unterstützt dieses Engagement. Seit 2012 wird jährlich der sogenannte „KyivPride“ in der Partnerstadt veranstaltet. Diese Kundgebung steht für den sichtbaren Einsatz von Toleranz und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. An der Kundgebung nimmt jedes Jahr auch eine offizielle Vertretung der Landeshauptstadt München teil, 2015 war Stadträtin Lydia Dietrich in Vertretung des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter vor Ort. Wegen der großen Anzahl von gewaltbereiten Gegendemonstranten konnte die Parade bisher jedoch nur 2013 und 2015 erfolgreich durchgeführt werden.

Die Aktivitäten der Szenepartnerschaft sind vielfältig. Dazu zählen: Ein regelmäßiger Fachaustausch in verschiedenen Bereichen, Fortbildungsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Spendenaktionen. Damit die Kooperation auch weiterhin Bestand haben kann, wird sie seit 2014 von der Landeshauptstadt München (Kulturreferat) finanziell gefördert.

Projekt zum Umgang mit HIV/Aids

Die Ukraine hat laut Angaben der Vereinten Nationen die höchste HIV-Neuinfektionsrate Europas. Münchens Partnerstadt hat als Ballungszentrum besonders stark mit einer hohen Zahl an HIV- und Aids-Erkrankungen zu kämpfen. Die Zahl derer, die nichts von ihrer Infektion wissen, gilt als hoch.

Stigmatisierung und Intoleranz gegenüber Infizierten und sogenannten Gruppen mit riskantem Verhalten, dazu zählen unter anderem Homosexuelle oder Prostituierte, ist in der Gesamtbevölkerung weit verbreitet. Vorbehalte und Berührungängste gegenüber diesem Personenkreis zeigen sich sogar in medizinischen Einrichtungen und Organisationen. Das größte Problem besteht in der gesellschaftlichen Ächtung der Krankheit und der Betroffenen.

Daher arbeiten die Städte München und Kiew schon seit einigen Jahren in der HIV/Aids-Arbeit zusammen. So wurden seit Oktober 2013 Ärztinnen und Ärzte sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Stadt Kiew im Umgang mit der Krankheit und mit Betroffenen qualifiziert und sensibilisiert. Dazu entwickelten Münchner Fachkräfte eine Multiplikatoren Ausbildung und bildeten 20 Trainerinnen und Trainer aus, die wiederum 60 Schulungen für ihre Kolleginnen und Kollegen in Kiew durchführten. Auch die bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der städtischen und nicht städtischen Facheinrichtungen und Beratungsstellen ist ein Schwerpunkt der Kooperation. Regelmäßig stattfindende runde Tische wurden in drei Kiewer Stadtvierteln etabliert.

Das Projekt, das Anfang 2016 endet, wird über das Förderprogramm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezuschusst, für das sich die Stadt München mit Kiew 2013 beworben hat.

➤ www.muenchen.de/internationales



Münchner Feuerwehr europaweit integriert

Die Analytische Task Force (ATF) München, eine bei der Feuerwehr München stationierte Sonder Einheit zur Messung von Gefahrstoffen, nahm im März in Antwerpen an einer groß angelegten EU-Übung mit Einsatzkräften aus ganz Europa teil und ist damit auch international gut aufgestellt.



Das ATF-Team Deutschland bestand aus 18 Einsatzkräften der ATF-Standorte Dortmund, Hamburg, Köln, Mannheim und München sowie aus Einheiten des Technischen Hilfswerkes (THW).

Angenommenes Unglück: Eine Sturmflut über der Nordsee mit großräumigen Überschwemmungen in weiten Küstenbereichen Belgiens. Im Nahbereich von Antwerpen kam es deshalb zum Ausfall kritischer Infrastruktur und zum Austritt von Gefahrstoffen. Dazu wurden neben den belgischen Einsatzkräften (Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst und Einheit zur Trinkwasseraufbereitung) im Rahmen des Europäischen Gemeinschaftsverfahrens Einheiten aus folgenden Mitgliedsstaaten integriert:

- Portugal (Modul „CBRN-Sampling/Detection“, Einheit zur Feststellung chemischer, biologischer, radio- logischer und nuklearer Gefahren und Probenahme)

Meldungen

5000. „Blaue Karte EU“ in München ausgestellt

Im Service-Center für internationale Fach- und Führungskräfte der Ausländerbehörde München arbeiten derzeit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Passend zum zweijährigen Bestehen am 1. Oktober 2015 wurde die 5000. „Blaue Karte EU“ ausgestellt. Das sind allein zehn Prozent der bundesweit ausgestellten Aufenthaltserlaubnisse „Blaue Karte EU“. Die EU-Richtlinie zur

„Blue Card“ wurde am 1. August 2012 Teil des deutschen Rechts. Es wurde insbesondere das Aufenthaltsgesetz modifiziert. Gut ausgebildeten ausländischen Fachkräften wird es leichter gemacht, zur Arbeit nach Deutschland zu kommen.

Die europaweit eingeführte „Blaue Karte EU“ erhalten Fachleute aus Drittstaaten außerhalb der EU, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Dazu gehören ein Hochschulab-

schluss und ein Arbeitsvertrag. Ab 2016 sollte dieser mit einem Jahresgehalt von mindestens 49 600 Euro brutto dotiert sein. Wo der Fachkräftemangel besonders groß ist, wird diese Gehaltsschwelle sogar auf knapp 38 688 Euro brutto verringert. Dazu zählen in Europa Ingenieure, Mathematiker, Ärzte und IT-Fachkräfte.



- Österreich (Modul „High Capacity Pump“, Einheit mit Hochleistungspumpen)
- Deutschland (Modul „CBRN-Sampling / Detection“, Einheit zur Feststellung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Gefahren und Probenahme – ATF)

Die ATF Deutschland war bei zwei Szenarien im Einsatz.

Szenario 1: Chemieunternehmen

Gefahrstoffaustritt in der Produktionsanlage eines großen international tätigen Chemieunternehmens zur Herstellung von Butylkautschuk im südlichen Hafengebiet von Antwerpen. Durch das Ausmaß der Zerstörungen konnte die Anlage nicht unmittelbar begangen werden.

Szenario 2: Krankenhaus

Hier ging es um Aufräumarbeiten zur Wiederinbetriebnahme eines teilweise überschwemmten Kranken-

hauses der Maximalversorgung (Uniklinikum Antwerpen) südlich von Antwerpen. Die Herausforderungen waren: Freisetzung radioaktiver Strahlung, Kontamination der Klimatechnik, Austritt von Chemikalien aus der Krankenhausapotheke, Explosion von Gebäudeteilen und Austritt von biologischen und chemischen Abfällen aus den Gefahrstoffabfallcontainern.

In beiden Fällen hatte die ATF die Aufgabe, Proben zu nehmen und zu analysieren und mit den örtlichen Einsatzkräften über die Gefahren und zu treffende Maßnahmen zu beraten. Neben der Messung von Gefahrstoffen stand dabei die Kommunikation der Teams mit der übergeordneten Einsatzleitung im Vordergrund. Die Übung hat gezeigt, dass die ATF Deutschland für den internationalen Einsatz grundsätzlich technisch gut aufgestellt ist. Realistisch eingeschätzt kann die Analytische Task Force frühestens im Jahr 2017 als Einheit für die EU einsatzbereit gemeldet werden.

Information und Beratung zu neuer Allergenkennzeichnung

Die Lebensmittelüberwachung ist weitgehend durch Vorschriften der Europäischen Union geregelt. Änderungen zur Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) traten Ende 2014 in Kraft. Beim Kreisverwaltungsreferat (KVR) löste das einen erhöhten Informations- und Beratungsbedarf aus. Mit Inkrafttreten der LMIV ist eine Allergenkennzeichnung für alle Lebens-

mittel verbindlich vorgeschrieben. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um verpackte oder lose Ware handelt. Lediglich bei der Art der Kennzeichnung gibt es Unterschiede. Die Umsetzung der LMIV, insbesondere die Vorschriften zur Allergenkennzeichnung, haben im Jahr 2015 bei den Gewerbetreibenden zu einem verstärkten Beratungsbedarf durch die Lebensmittelüberwachung geführt. Neben der persönlichen Beratung wurden

hierzu auch Merkblätter erstellt und an die Gewerbetreibenden ausgehändigt sowie auf den Seiten der LHM im Netz hinterlegt.



2015: Europäisches Jahr für Entwicklung

Seit 1983 wählt die Europäische Union jährlich ein Thema aus, um eine europaweite Diskussion darüber anzuregen. 2015 standen die Entwicklungszusammenarbeit und die Herausforderungen der globalen Entwicklungspolitik im Mittelpunkt.

In der gesamten EU fanden Veranstaltungen statt und soziale Medien und Webseiten luden zum Mitmachen ein, auch in München. Unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ zielte die EU darauf ab, die veränderte Rolle der Entwicklungspolitik – die früher als Entwicklungshilfe verstanden wurde – herauszustellen. Unsere Welt stand für Solidarität in einer Welt, in der Menschen, Staaten und Kontinente nicht isoliert voneinander leben und wirtschaften können. Unsere Zukunft für Nachhaltigkeit und die 2030-Agenda. Unsere Würde für Chancengleichheit und die Möglichkeit, selbstbestimmt leben und arbeiten zu können.

Perspektiven gestalten

Die Stadt München nutzte das Europäische Jahr für Entwicklung, um ihr entwicklungspolitisches Engagement gebündelt auch einer

europäischen Öffentlichkeit vorzustellen. So beteiligte sich München aktiv in den nationalen und europäischen Internetforen und veröffentlichte dort Beiträge und Berichte über ihre erfolgreichen Projekte und Partnerschaften sowie Veranstaltungshinweise.

Außerdem informierte München über die diversen Angebote, sich auf europäischer Ebene auszutauschen und zu vernetzen.

Im Laufe des Jahres begegneten Bürgerinnen und Bürger dem Thema auf verschiedenen Veranstaltungen, wie der „Münchner entwicklungspolitischen Börse – Gemeinsam für eine gerechte Welt“. Dort informierten rund 75 Organisationen, Stiftungen, Schulen und die Stadtverwaltung, wie sie sich für mehr Chancengleichheit und Nachhaltigkeit einsetzen. Auf einem Bürgerdialog erläuterten europäische und lokale Expertinnen und Experten, wo Staat, Kommunen und Zivilgesellschaft künftig zusammenarbeiten

müssen, und stellten sich den Fragen des hiesigen Publikums. Ein Highlight war der Besuch zweier Delegierter der Klimapartnerschaft mit dem indigen Volk der Asháninka im peruanischen Regenwald. Sie berichteten von ihrem Leben im Amazonas, von der Bedrohung durch Holzfäller, Farmer, Bergbau- und Energieunternehmen und von ihren Bemühungen, ihren Lebensraum im Regenwald zu schützen.

Kooperationen und Partnerschaften

Die Ausstellung „München – Partner weltweit“, die unter anderem auf dem Europa-Tag und im Referat für Arbeit und Wirtschaft zu sehen war, zeigte, wie sich München auf internationaler Ebene in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert, unter anderem im Rahmen der Städtepartnerschaften mit Harare und Kiew oder der Klima-Kooperation mit Kapstadt. „Heute spielen die Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit eine immer größere Rolle. Denn Entwicklung kann nicht von oben verordnet werden, sondern sollte dort umgesetzt werden, wo sich Politik und Bürger am nächsten sind, in den Städten und Gemeinden“, sagte Bürgermeister Josef Schmid.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Eine Welt ohne Armut, Hunger und Ungerechtigkeit, eine Welt in Frieden und Würde, eine Welt in Gesundheit und im Einklang mit der Umwelt – bis zum Jahr 2030. Dies soll mit der „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ erreicht werden, welche die Staatengemeinschaft am 25. September 2015 auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedete. Alle Länder sollen künftig gleichermaßen ihr Handeln an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“, kurz SDGs) ausrichten, um eine gerechte Welt und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Die Kommunen spielen bei der Umsetzung der 17 Ziele eine wichtige Rolle. Die Landeshauptstadt München engagiert sich bereits vielfältig für eine nachhaltige und weltweit gerechte Entwicklung. Der Deutsche Städtetag hat gemeinsam mit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas eine Musterresolution für seine Mitgliedsstädte erarbeitet: Damit können Städte ihre Bereitschaft signalisieren, sich für die Agenda 2030 auf lokaler Ebene zu engagieren.

➔ www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/2030_agenda/index.html



Florale Erlebniswelten

Die italienische Stadt Cervia richtet seit 1972 jährlich die internationale Blumen- und Gartenschau „Maggio in Fiore“ aus. Besonderes Kennzeichen dieser Schau sind vielgestaltige florale Erlebniswelten in öffentlichen Parks, die von den Gartenämtern europäischer Kommunen und Organisationen entwickelt werden. 2014 nahmen weit über 50 Städte und Gemeinden teil, darunter Metropolen wie Mailand, Prag, Budapest und Wien. Seit 1998 ist auch München aktiv mit dabei.

Als Highlight präsentierte das Baureferat (Gartenbau) zum 175-jährigen Bestehen der Stadtgärtnerei München zum Beispiel einen nach historischen Plänen nachgebauten Transportwagen, mit dem seinerzeit bereits Großbäume verpflanzt werden konnten.

2015 wurden unter dem Motto „Von Tor zu Tor“ drei sich überlappende, ellipsenförmige Schmuckbeete gestaltet, die jeweils durch

eiserne Tore miteinander verbunden waren und eine bunte Blütenvielfalt auf engstem Raum zeigten.

Regel Erfahrungsaustausch

Die Internationale Blumen- und Gartenschau dient einem regen Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Gartenämtern und liefert den Fachleuten jedes Jahr unter anderem wertvolle Anregungen für den Blumenschmuck und die Gestaltung von Grünflächen im öffentlichen Raum. Ein besonderes Erlebnis ist die Blumenschau für die vier besten Lehrlinge des Garten- und Landschaftsbaus beim Baureferat; als Jahrgangsbeste dürfen sie vor Ort mitwirken.

EU-Projekte der einzelnen Referate

Förderprogramm	Projekt	Thema	Beteiligte Referate	Laufzeit	Förder-summe
ESF	Alpha +	Besser lesen und schreiben	MVHS	2015	2600 €
ESF	GUIDE	Existenzgründung von Frauen im Großraum München	RAW	2015–2018	869 476 €
ESF	ZAK (Zentrum für Angewandte Kompetenz und Mentoring)	Berufliche Beratung, Planung und Orientierung in Kombination mit externem Monitoring	RAW	2014–2015	235 000 €
ESF	AMIGA	Unterstützung für qualifizierte Migrantinnen und Migranten beim Einstieg in den lokalen Arbeitsmarkt	RAW	2013–2015	190 000 €
ESF	power_m	Unterstützung für qualifizierte Migrantinnen und Migranten beim Einstieg in den lokalen Arbeitsmarkt	RAW/MVHS	2015–2018	6,35 Mio €
ESF	mona lea	Berufliche und sprachliche Qualifizierung für Migrantinnen	SOZ/MVHS	2014–2015	461 000 €
ESF	Move	Berufliche Beratung für Frauen	RAW	2015–2018	651 738 €
ESF	FIBA I	Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung	SOZ	2010–2015	41 948 €
ESF	BBJH	Ökomobil	SOZ	2015	154 200 €
ESF	BBJH	Laboratorium	SOZ	2015	510 000 €
ESF	BBJH	Take Off	SOZ	2015	122 560 €
ESF	BBJH	Junge Arbeit	SOZ	2015	340 000 €
ESF	Work-Life-Balance	Lebensphasenorientierung als Chance zur Führungskräfte-sicherung	RAW	2012–2015	462 000 €
ESF/BIWAQ	Work & Act	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier	RAW/PLAN	2015–2018	1,767 Mio €
Europe-Aid	Local Authorities acting for the Millenium Development Goals	Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Rahmen von lokalen Partnerschaften	RGU	2013–2015	107 388 €
Europe-Aid	Asháninka II	Nachhaltige Lebensstile	RGU	2014–2017	234 920 €
H2020 Mobility for Growth	FLOW	Reduzierung von Stau auf städtischen Straßen	PLAN	2015–2018	219 565 €
INTERREG IV B	PUMAS	Regionale Mobilität	RGU	2012–2015	183 000 €
Europäischer Integrationsfonds	Schule für alle	Deutschunterricht für Migrantenkinder an Münchner Schulen	SOZ	2015	300 000 €
Europäischer Integrationsfonds	DELI (Diversity in the Economy and Local Integration)	Unterstützung von Migrantenunternehmen	RAW	2014–2015	52 000 €
Erasmus+	EUMUC 2014	Mobilitäten in der beruflichen Bildung	RBS	2014–2016	151 927 €
Erasmus+	EUMUC 2015	Mobilitäten in der beruflichen Bildung	RBS	2015–2017	209 701 €
Leonardo da Vinci	IVT	Europäisierung an Münchner Berufsschulen, Auszubildende	RBS	2013–2015	23 593 €
Leonardo da Vinci	PLM	Europäisierung an Münchner Berufsschulen, Absolventinnen und Absolventen	RBS	2013–2015	80 000 €
Urbact II	PREVENT	Verringerung der Schulabbrecherquote	RBS	2013–2015	43 460 €

ISEC	Sicherer Tourismus	Wie kann die Sicherheitslage in Großstädten verbessert werden?	RAW/KVR	2013–2015	16 000 €
7. Forschungsrahmenprogramm	OpenDataMonitoring	Aufbereitung von OpenData für öffentliche eGovernment-Portale	RAW/DIR	2013–2015	12 000 €
Horizon 2020	Smarter Together	Smarte Stadt: Integrierte Anwendung von Lösungen der Bereiche Energie, Transport und IKT	RAW/PLAN/DIR/BAU	2016–2021	24,7 Mio. €
Kultur	What's the deal?	Nachhaltigkeit und urbane Kulturen	KULT	2013–2015	97 500 €
Europäischer Rückkehrfonds	IntegPlan	Integrierte Rückkehrplanung und Vernetzung	SOZ	2015	23 300 €
Europäischer Rückkehrfonds	Coming Home	Rückkehrhilfen	SOZ	2015	300 000 €

ESF: Europäischer Sozialfonds

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensverhältnisse der Menschen in allen 28 Mitgliedsstaaten zu verbessern. Seit 50 Jahren wendet sie sich mit dem ESF direkt an die Menschen. Der ESF unterstützt die Menschen in Europa bei der Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt und trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Für Deutschland werden aus dem Fonds von 2014 bis 2020 insgesamt 2,7 Milliarden Euro bereitgestellt. Das Geld soll die Bundesregierung und die Länder dabei unterstützen, die Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie zu realisieren.

EIF: Europäischer Integrationsfonds

Der Europäische Integrationsfonds dient der Integration Drittstaatenangehöriger (Nicht-EU). Er umfasst fünf Maßnahmen:

- Integration und Sprache
- Integration und Kommune
- Interkultureller Dialog
- Indikatoren und Bewertungsmethoden zur Messung der Fortschritte, Anpassung der Strategien und Maßnahmen zur Erleichterung der Koordination des vergleichenden Lernens
- Innerstaatliche Vernetzung, Austausch und interkultureller Kapazitätenaufbau

ERF: Europäischer Rückkehrfonds

Aus dem Europäischen Rückkehrfonds stehen Fördermittel sowohl für die freiwillige als auch für die zwangsweise Rückkehr zur Verfügung. Der Fonds wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwaltet. Zielgruppe der Rückkehrförderung sind sowohl Asylbewerber während und nach Abschluss des Asylverfahrens, als auch sonstige – ausreisepflichtige – Ausländer. Gefördert wird zum

Beispiel die Arbeit von Rückkehrberatungsstellen, die Rückkehrinteressierte über die Situation in ihrem Herkunftsland informieren und Perspektiven aufzeigen. Auch Maßnahmen, die auf die besondere Lage schutzbedürftiger Rückkehrer zugeschnitten sind, können in die Förderung einbezogen werden, ebenso Maßnahmen für die berufliche Bildung und die Wiedereingliederung im Heimatland.

INTERREG

INTERREG fördert die Zusammenarbeit zwischen den Städten, Regionen und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und ist Teil des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Wie schon in der vorausgegangenen INTERREG-Periode geschieht dies mit drei Ausrichtungen:

- grenzübergreifende Zusammenarbeit (Ausrichtung A): Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit in benachbarten Grenzregionen auf der Grundlage gemeinsamer Strategien und Entwicklungsprogramme
- transnationale Zusammenarbeit (Ausrichtung B): staatenübergreifende Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden in transnationalen Kooperationsräumen zur Stärkung einer harmonischen räumlichen Entwicklung des gesamten Gebietes der EU und einer besseren Integration der neuen Mitgliedsstaaten
- interregionale Zusammenarbeit (Ausrichtung C): Kooperationsnetze und Erfahrungsaustausch, um die Wirksamkeit bestehender Instrumente für Regionalentwicklung und Kohäsion zu verbessern.

Die Förderung von Projekten erfolgt im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF). Antragsberechtigt sind Konsortien, bestehend aus nationalen, Länder-, regionalen und

kommunalen Körperschaften, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen in den transnationalen Kooperationsräumen. Die Beteiligung privater Akteure ist je nach Programm unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

ERASMUS+

Mit ihrem neuen Programm Erasmus+ will die EU das Kompetenzniveau und die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen verbessern und die allgemeine und berufliche Bildung sowie die Jugendarbeit modernisieren. Das auf sieben Jahre ausgelegte Programm verfügt über ein Budget von 14,7 Milliarden Euro. Erasmus+ bietet mehr als vier Millionen Europäerinnen und Europäern neue Chancen: für Studium, Ausbildung, Sammeln von Arbeitserfahrung oder Freiwilligentätigkeit im Ausland. Das Programm fördert grenzübergreifende Partnerschaften und die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Ausbildungsstätten und Jugendorganisationen. Ziel ist die Annäherung der Bildung an die Arbeitswelt, um derzeitige Qualifikationslücken in Europa zu schließen.

Es unterstützt auch nationale Maßnahmen zur Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme und Jugendarbeit. Im Bereich des Sports werden Breitensportprojekte gefördert und grenzüberschreitende Probleme wie Bekämpfung von Spielabsprachen, Doping, Gewalt und Rassismus angegangen. Erasmus+ kombiniert sieben EU-Programme in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Jugend. Erstmals wird auch der Sportbereich unterstützt. Als integriertes Programm bietet Erasmus+ mehr Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport und ist dank vereinfachter Finanzierungsregeln leichter zugänglich. Erasmus+ hat das Programm Leonardo da Vinci abgelöst.

EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“

Erasmus+

Thema	Laufzeit	Fördersumme
Referat für Bildung und Sport		
Train the Trainer	2014–2016	28828 €
Verbesserung der Fähigkeiten für fächerübergreifenden, bilingualen Unterricht und Internationalisierung	2014–2015	5210 €
Verbesserung der Fähigkeiten zur pädagogischen IKT-Nutzung für die Förderung der Internationalisierung und des fächerübergreifenden Unterrichts unter Einbindung von eTwinning	2014–2015	5210 €
CrisisManagement in Schools (CMiS), Advanced Course: Imminent danger ESPCT	2014–2015	1621 €
Internationalisierung und Innovation im Unterricht	2014–2015	5210 €
Interkulturelle Kompetenzen und Projekte zur europäischen Entwicklung der Schule	2015–2017	3436 €
Internationalisierung und Professionalisierung der Fachdidaktik unter besonderer Berücksichtigung der modernen Technik im Unterricht	2015–2016	8007 €
Marketingprojekt im Unterricht für den Bereich Vertrieb Automobil	2015–2018	25500 €
SELFY – Save Earth Life for Youth	2015–2018	31255 €
Being Europeans today – From war to peace, how European peoples make peace possible	2015–2017	28975 €
Overcoming and Breaking Stereotypes: Looking for social cohesion in Europe	2015–2018	50025 €
Comparison of personnel recruitment in Poland and Finland	2015–2017	47522 €
Engineering Mobility in Europe	2014–2016	26380 €
Gomorra – Mobility Across Europe IV	2014–2016	62040 €
Sepulkralkultur im Wandel der Geschichte	2015–2017	113783 €
Creating and finishing media products by using different new and innovative technologies in Europe	2014–2015	16212 €
Kompetenzerweiterung im Bereich erneuerbarer Energien durch internationalen Austausch	2014–2016	8608 €
Individuelles Kompetenztraining zur Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsfähigkeit durch Biodiversität und ökologische Produktionsmaßnahmen	2015–2017	6000 €
Tourismus und die Jugend Europas – Ein Beitrag für das Zusammenwachsen Europas	2014–2016	42876 €
Spain intern	2015–2017	38276 €
Mobilität von Auszubildenden und Bildungspersonal im Bäcker-, Konditoren- und Metzgerhandwerk	2014–2016	72634 €
Catering Mobility in Europe – 25 years of European Cooperation in the CHASE Network	2015–2017	119550 €
Gaining Intercultural Work Experience	2014–2016	31632 €
Come together in Europe – Vermittlung von Praxiserfahrung, interkultureller und sprachlicher Kompetenzen als Teil der IT-Berufsausbildung	2014–2016	40440 €
Praktikum im Rahmen des Berufsbildes des Diätassistenten in der EU	2015–2017	11624 €
Blockpraktikum im Ausland	2014–2016	53208 €
Frühpädagogik in Barcelona	2015–2017	18064 €
Working Europe 2015	2015–2017	193400 €
Working Europe	2014–2016	72472 €
CrisisManagement in Schools (CmiS), Advanced Course: Imminent danger ESPCT	2014–2015	1621 €
Marketingprojekt im Unterricht für den Bereich Vertrieb Automobil	2015–2017	ca. 9000 €
Referat für Arbeit und Wirtschaft		
Hospitation von Verwaltungsangestellten in Edinburgh	2013–2015	23285 €
Personal- und Organisationsreferat		
Austausch von Auszubildenden mit Wien	2014–2015	7460 €

EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“ COMENIUS

Thema	Laufzeit	Fördersumme
Referat für Bildung und Sport		
Comparison of Personnel Planning in Administration, Service and Production	2013–2015	14 760 €
Beschaffungslogistikketten in produzierenden Unternehmen	2013–2015	9 990 €
Creating and Finishing Media Products by Using Different New Innovative Technologies in Europe	2013–2015	25 080 €
Tourismus und die Jugend Europas – Ein Beitrag für das Zusammenwachsen Europas	2013–2015	19 764 €
Fit für den Beruf	2013–2015	34 524 €
Sepulkalkultur im Wandel der Stilepoche	2013–2015	83 481 €
Abbau von Ausbildungshemmnissen	2013–2015	17 442 €
Von europäischen Nachbarn lernen	2013–2015	6 108 €
Spain intern	2013–2015	22 140 €
Blockpraktikum in Spanien	2013–2015	16 420 €
Health and Nutrition Awareness in Hospitality and Catering Education	2013–2015	174 735 €

EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“ Leonardo-da-Vinci-Programm

Thema	Laufzeit	Fördersumme
Referat für Bildung und Sport		
Life in our Neighbourhood – Life in our City. Analysis of the living conditions in our urban district and our city	2013–2015	22 000 €
Social Media & School	2013–2015	22 000 €
Our senses windows to the World	2013–2015	18 000 €
Europe seen through its Leading Personalities	2013–2015	22 000 €
Facebook Vikings and Responsible Citizens	2013–2015	22 000 €

Abkürzungen der städtischen Referate: **BAU** Baureferat, **DIR** Direktorium, **KOM** Kommunalreferat, **KVR** Kreisverwaltungsreferat, **KULT** Kulturreferat, **POR** Personal- und Organisationsreferat, **RAW** Referat für Arbeit und Wirtschaft, **RGU** Referat für Gesundheit und Umwelt, **PLAN** Referat für Stadtplanung und Bauordnung, **RBS** Referat für Bildung und Sport, **SOZ** Sozialreferat

EUROCITIES-Berichte und Stellungnahmen 2015

Titel Bericht	Beteiligung LHM
European Cities and Cultural Mobility	KULT
Titel Stellungnahme	Beteiligung LHM
EUROCITIES Declaration on Work	RGU
Statement on the Revision of the National Emission Ceiling (NEC) Directive	RAW/RGU
Statement on VAT Refund for Public Services	SOZ
Statement on Asylum in Cities	RAW/PLAN/SOZ
Policy Paper on an Urban Agenda	RAW/PLAN/SOZ
Response to the European Commission's Public Consultation on an Urban Agenda	RAW
Statement on the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	RAW
Statement on High Quality of Local Public Services	RGU

Konsultationen 2015

Institution	Titel	Referat
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie (RL 2003/88/EG)	POR/KVR (Feuerwehr)/BAU
EU-Kommission	Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über ein Emissionshandelssystem (EU-EHS)	RGU
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zum Dienstangebot für Langzeitarbeitslose	SOZ/RAW
EU-Kommission	Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (RL 2009/33/EG)	RAW/Direktorium
EU-Kommission	Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik	RAW/DIR
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuches	RAW/RGU/PLAN
EU-Kommission	Konsultation zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU nach 2015	RAW/DIR/POR/SOZ/RBS
EU-Kommission	Evaluierung der Umgebungslärmrichtlinie (Environmental Noise Directive – EC 2002/49/EC) REFIT	RGU
EU-Kommission	EU Konsultation zur Blauen Karte EU	KVR/SOZ
EU-Kommission	EU-Konsultation zum Energiemarktdesign	SWM
EU-Kommission	Konsultation zur Kreislaufwirtschaft	RAW/RGU/KOM
EU-Kommission	Energieeffizienz von Gebäuden	PLAN/RGU/RAW

Aktive Mitarbeit in Netzwerken

EUROCITIES

In folgenden Foren und Arbeitsgruppen des Städtetzwerks Eurocities arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt München engagiert mit:

Kulturforum

Arbeitsgruppen: Jugend und Kultur, Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativwirtschaft (Kulturreferat)

Forum Wirtschaftsentwicklung

Arbeitsgruppen: Kohäsionspolitik und Strukturfonds, Unternehmertum und KMU (Referat für Arbeit und Wirtschaft)

Umweltforum

Arbeitsgruppen: Luftqualität/Klimawandel/Energieeffizienz (Referat für Gesundheit und Umwelt), Abfallpolitik (Abfallwirtschaftsbetrieb München, AWM)

Forum Soziales

Sozialreferat

Arbeitsgruppen: Beschäftigung, Bildung (Referat für Bildung und Sport), Migration und Integration, Integration von Roma (Sozialreferat)

Forum Mobilität

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Arbeitsgruppen: Barrierefreie Stadt (Sozialreferat und fachliche Vertretung durch ein Mitglied des Behindertenbeirats), Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur (Kreisverwaltungsreferat), Transeuropäische Transportnetzwerke (Referat für Stadtplanung und Bauordnung), Transport und Energieeffizienz (Referat für Stadtplanung und Bauordnung)

Arbeitsgruppen des Exekutivkomitees

Daseinsvorsorge, Leitung (Referat für Arbeit und Wirtschaft)

Münchner Mitglieder in CEMR-Arbeitsgruppen

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), auf Englisch CEMR (Council of European Municipalities and Regions), ist die älteste und europaweite Organisation der kommunalen und regionalen. Er vertritt europaweit etwa 100 000 kommunale Gebietskörperschaften sowie 57 nationale Kommunalverbände aus 41 Ländern.

München ist über die Mitgliedschaft in der Deutschen Sektion des RGRE/CEMR seit 1972 in diesem europäischen Dachverband vertreten und arbeitet in verschiedenen Ausschüssen sowie Arbeitsgruppen mit. Die Vertretung der Stadt im Führungsgremium der Deutschen Sektion des RGRE, der Delegiertenversammlung, nehmen derzeit sieben ehrenamtliche Stadtratsmitglieder wahr: die Stadträte Walter Zöllner, Fritz Schmude, Jens Röver und die Stadträtinnen Dr. Manuela Olhausen, Ulrike Boesser, Lydia Dietrich, Gabriele Neff sowie Bürgermeister Josef Schmid als ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters. Am 5. und 6. Oktober 2015 fand in Ettlingen (Landkreis Karlsruhe) die Delegiertenversammlung des RGRE statt, zeitgleich mit der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und des Hauptausschusses. Dabei wurden die Mitglieder für die beiden Beschlussgremien der Deutschen Sektion des RGRE, Präsidium und Hauptausschuss, für eine neue dreijährige Mandatsperiode bis 2018 bestimmt. Von den Münchner Stadtratsmitglieder wurden Stadträtin Ulrike Boesser als ordentliches Mitglied in den Hauptausschuss und als stellvertretendes Mitglied Stadträtin Lydia Dietrich gewählt, Stadtrat Walter Zöllner ist stellvertretendes Mitglied im Präsidium. Als Mitglieder in den Deutsch-Französischen Ausschuss des RGRE wurden Stadträtin Dr. Evelyne Menges, Stadtrat Klaus Peter Rupp sowie Stadträtin Ursula Sabathil gewählt, als Mitglieder in den Deutsch-Polnischen Ausschuss Stadtrat Walter Zöllner sowie Stadträtin Beatrix Zurek. Stadträtin Lydia Dietrich ist außerdem Mitglied des Policy Committees.

Der CEMR hat sich neue interne Arbeitsstrukturen gegeben und Arbeitsgruppen neu besetzt. Für die Landeshauptstadt München nehmen folgende Personen teil:

- Standing Committee „Equality of women and men in local life“: Lydia Dietrich, Stadträtin (Die Grünen)

In folgenden Focus Groups ist München vertreten:

- Ulrich Teichmann (Referat für Gesundheit und Umwelt)
- Waste: Ulrike Boesser, Stadträtin (SPD), Günther Langer (Abfallwirtschaftsbetrieb München, AWM)
- Lobbying: Henriette Wägerle, Referat für Arbeit und Wirtschaft
- Observatory charter of women and men in local life: Ulrike Boesser, Stadträtin (SPD)

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Als Vertretung der Gemeinden und Regionen im Europarat verfolgt der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) die vornehmlichen Ziele des Europarates: Stadträtin Gabriele Neff (FTB) und Stadtrat Walter Zöllner (CSU) haben je einen stellvertretenden Sitz. Der KGRE beobachtet, kontrolliert und bewertet vor allem die Einhaltung und Beachtung der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung in den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates und entsendet Delegationen zur Wahlbeobachtung in seine Mitgliedsstaaten.

München engagiert sich außerdem in folgenden Netzwerken:

- **Anna Lindh Foundation**
- **Bayerischer Städtetag**
- **Boden-Bündnis ELSA e.V., European Land and Soil Alliance**
- **Cities for children**
- **CIVINET**
- **CIVITAS** Cleaner And Better Transport In Cities
- **Deutscher Städtetag**
- **DEFUS** Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit
- **EFUS** Europäisches Forum für Urbane Sicherheit (Vorstandsmitglied: Dr. Wilfried Blume-Beyerle, Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München)
- **Europabüro der bayerischen Kommunen**
- **Energy Cities**
- **ECOMM** European Conference on Mobility Management
- **ETOA** European Tour Operator Association
- **ECM** European Cities Marketing
- **Gesunde-Städte-Netzwerk**
- **Integration Cities**
- **InterCityYouth** – European of Local Departments of Youth Work
- **International Association of Educating Cities**
- **Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V.**
- **SHARE**
- **XARXA**

Europa in der Stadtverwaltung

Mitglieder der Stadtratskommission

Europa der LHM mit Stimmrecht sind:

- Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
- Manuel Pretzl, CSU
- Dr. Manuela Olhausen, CSU
- Ulrike Boesser, SPD
- Jens Röver, SPD
- Lydia Dietrich, Die Grünen/Rosa Liste
- Gabriele Neff, FTB
- Ursula Sabathil, AG BM/AfD (bis September 2015)
- Sonja Haider, ÖDP (ab September 2015)

Arbeitskreis Europa:

Die Europabeauftragten der Referate

Baureferat: Stephan Strohal

Direktorium: Gisela Lang-Hefferle

Kommunalreferat: Silke Pesik,
Veronika Feicht, Günther Langer (AWM)

Kreisverwaltungsreferat: Georg Köberl

Kulturreferat: Hertha Pietsch-Zuber

Personal- und Organisationsreferat:

Josef Ruland

Referat für Arbeit und Wirtschaft,

Fachbereich Europa: Henriette Wägerle

Referat für Bildung und Sport:

Mathias Marschall

Referat für Gesundheit und Umwelt:

Helmer Honrich

Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Dr. Sylvia Pintarits

Sozialreferat: Thomas Pollmer

Stadtkämmerei: Dieter Pioszczyk

Koordinierungsgruppe Europarecht

Leitung: Gisela Lang-Hefferle, Direktorium

Einheitlicher Ansprechpartner für Unternehmen (EAP)

Der EAP unterstützt inländische und ausländische Unternehmer, insbesondere aus den EU-Ländern, die in München eine Dienstleistung erbringen oder ein Unternehmen gründen wollen.

www.eap-muenchen.de

Veranstaltungen in München

- 25.4.2015
Entwicklungspolitische Börse
- 8.5.2015
Europatag auf dem Marienplatz (RAW/RBS/EDI)
- 11.–20.6.2015
Festival und Ausstellung „moving urban cultures“ – Abschlussveranstaltung des EU-Projektes „What’s the deal?“ (KULT)
- 9.–13.10.2015
KammerCampus #1 der Münchner Kammerspiele: Vernetzung des Theaternachwuchses in Europa (KULT)
- 13.10.–14.10.2015
Das Extreme denken – Tagung im NS-Dokumentationszentrum (KULT)
- 20.10.2015
Wo liegt Europa? Und wo das jüdische Europa? Zur Pluralität und semantischen Topografie jüdischer Kulturen (Jüdisches Museum/KULT)
- 3.11.2015
Wurzellose Kosmopoliten – Von Luftmenschen, Golems und jüdischer Subkultur (Jüdisches Museum/KULT)
- 17.11.2015
Der Glaube an das Wohnen. Jüdische religiöse Praxis und die räumliche Ordnung der Stadt (Jüdisches Museum/KULT)
- 30.11.2015
Fachtag „Internationale und europäische Bildungsarbeit“ (RBS)
- 8.12.2015
„La sauce à côté“. Die Erfindung des jüdischen Essens (Jüdisches Museum/KULT)
- 21.12.2015
Deutsch-Italienisches Anwerbeabkommen von 1955 – Veranstaltung im Stadtarchiv (KULT/DIR)
- 24.2.2015
Sagt die Normgurke zum Genmais: Was war los in Lissabon? Paul-Joachim Kubosch, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München, und Thorsten Kerl, Studienleiter an der Europäischen Akademie in Bayern, kommentierten und erläuterten die Lesung aus dem „Vertrag von Lissabon“

▪ 2.3.2015

Ein Morgen vor Lampedusa. Szenische Lesung aus dem Lissabon-Vertrag mit Julia Loibl, Schauspielerin, und Matthias Hirth, Schauspieler und Autor, kommentiert von Paul-Joachim Kubosch, Europäisches Parlament/Leiter des Informationsbüros in München, und Thorsten Kerl, Studienleiter an der Europäischen Akademie Bayern e.V. Moderation Andreas Korn, YourEurope ARTE. In Zusammenarbeit mit der Nemetschek-Stiftung

▪ 16.3.2015

Großbritannien und die EU – No thanks! Diskussion mit Dr. Melanie Sully, Politologin und Publizistin, Direktorin des in Wien ansässigen Go-Governance-Instituts, Fabian Zuleeg, Chef des Brüsseler Think Tanks European Policy Centre, und Alex Webb, Bloomberg München. Moderation Gerhard Losher, Leiter der Redaktion Europa des Bayerischen Fernsehens. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern e.V. und der Europa Union München e.V.

▪ 11.5.2015

Von Migration bis Terrorismus – Zeiten des Wandels in Europa. „In Vielfalt geeint“ – so lautet das Motto der Europäischen Union. Es bringt zum Ausdruck, dass sich die Europäer in der EU zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einzusetzen, und dass gleichzeitig die vielen verschiedenen europäischen Kulturen, Traditionen und Sprachen den gesamten Kontinent bereichern. Inwieweit stellen fremdenfeindliche Ressentiments und antidemokratische Bürgerbewegungen Europa auf den Prüfstand? Welchen Fahrplan verfolgt die EU im Kampf gegen terroristische Anschläge? Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) in München. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern e.V.

▪ 26.9.2015

Stammtisch Europa: EU-Mythen im Check. Vorurteile und Falschmeldungen über die EU sind in der Presse immer wieder zu lesen oder hören. Das Image der EU als Regulierungsmonster hat in den vergangenen Jahren zu einer antieuropäischen Stimmung unter vielen der 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Staatengemeinschaft beigetragen. Gleichzeitig ist die EU eine Art politischer Dienstleister und sorgt für bequemes Reisen ohne Grenzkontrollen, ist zuständig für eine stabile Währung und macht es möglich, dass Bürger sich auch im EU-Ausland Arbeit suchen können. Einige Beispiele der bekanntesten Mythen und die Fakten dazu werden von Europa-Experten aus Brüssel im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion mit Europa-Parlamentariern aus Bayern sowie mit dem Leiter der Regionalvertretung der Europäischen

Kommission in München gegenübergestellt.

Moderation: Andreas Korn, ARTE Yourope

▪ 28.9.2015

Angekommen – wirklich willkommen? Zuwanderung in Europa. Seit Jahren gewinnt München als Arbeits- und Wohnort immer mehr an Attraktivität. Wie werden Neu-Münchner empfangen, wenn sie zeitweise oder für immer hier leben oder arbeiten wollen – als Studenten, Arbeitnehmer, Asylbewerber oder Unternehmer? Welche Unterstützungsmaßnahmen gibt es auf kommunaler Ebene und wo sind die zentralen Anlaufstellen zu finden? Welche Willkommenskultur leben andere europäische und außereuropäische Staaten? Diskussion mit Claude Trudelle, Generaldeligierter der Regierung von Québec, Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, Chefredaktion Hörfunk, Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks, und einem Vertreter des International House in Kopenhagen

▪ 30. und 31.10.2015

„Ich bin dann mal weg“ – Auslandsmesse für Jugendliche. In Zusammenarbeit mit dem Jugendinformationszentrum München (JIZ)

Ausstellungen

▪ 8.12.2014 – 30.1.2015

„15 Jahre SchlaU – Leben zwischen Traditionen, Alltagscollagen junger Flüchtlinge in München“. Kooperationsprojekt zwischen Schülerinnen und Schülern der SchlaU-Schule und dem englischen Fotografen Patrick Frost. Die Ausstellung porträtiert junge Flüchtlinge in der bayerischen Landeshauptstadt

▪ 8.7.2015 – 14.2.2016

Jüdisches Europa heute. Eine Erkundung (Jüdisches Museum)

▪ 29.10.2015 – 28.2.2016

Der Warschauer Aufstand 1944 (NS Dokumentationszentrum)

▪ 18.11. – 15.12.2015

Vukovar – eine Botschaft des Friedens

Veranstaltungen der Münchner Stadtbibliothek

Cinema International

Die Münchner Stadtbibliothek bietet im Rahmen ihres Kinoprogramms ein vielstimmiges Forum für den internationalen Kulturdialog. Sie weitet dank eines großen cineastischen Spektrums den Blick der Stadtgesellschaft für die Kulturen ihrer vielfältigen Bürgerschaft. Gleichzeitig ermöglicht sie Münchnerinnen und Münchnern mit internationaler Biografie, die aktuellen Filmproduktionen und damit die Diskurse ihrer Herkunftsländer zu verfolgen. Das Filmprogramm wird in den Originalsprachen mit deutschen oder englischen Untertiteln gezeigt und in Kooperation mit internationalen Kulturvereinen und -institutionen sowie dem Verein Filmstadt München kuratiert.

Europäische Filmreihen 2015

▪ 12. – 15.3.

3. Estnische Filmtage

▪ 18. – 26.4.

26. Türkische Filmtage

▪ 12. – 22.11.

29. Griechische Filmwoche

▪ 19. – 29.11.

27. Italienische Filmtage

Bibliotheksangebot

Als lebendige Großstadtbibliothek bietet die Münchner Stadtbibliothek aktuelle Medien und Zeitschriften in vielen verschiedenen Sprachen an. Der Online-Zugang zu mehr als 4000 Zeitungen, Magazinen und Zeitschriften aus aller Welt wird seit 2015 nicht mehr nur in der Bibliothek angeboten, sondern kann über die Webseite der Münchner Stadtbibliothek auch von zu Hause aus genutzt werden. Tagesaktuelle Zeitungen und Zeitschriften aus 100 Ländern in über 50 Sprachen können so häufig noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe online gelesen werden. Das Archiv reicht bis zu 90 Tage zurück, neue Titel werden automatisch freigeschaltet. Mit einem Bibliotheksausweis ist der Service kostenlos.

Bibliothek für Flüchtlinge

Um den Bedürfnissen der in München angekommenen Flüchtlingen gerecht zu werden, hat die Münchner Stadtbibliothek 2015 ihre Aktivitäten rund um Deutschkurse, Bibliotheksführungen für Deutschlernende, aber auch Angebote für Ehrenamtliche, Multiplikatoren und Pädagog_innen in Übergangsklassen deutlich ausgebaut.

Netzwerktreffen der Münchner Europaakteure

Am 29. Oktober trafen sich mehr als 80 Münchner EU-Akteure auf Einladung des Europe Direct Informationszentrum (EDI) im Festsaal des Alten Münchner Rathauses.

Veranstaltungen der Münchner Volkshochschule (MVHS)

Das Fachgebiet „Politik und Gesellschaft“ der Münchner Volkshochschule veranstaltet regelmäßig Vorträge, Podiumsdiskussionen, Gesprächskreise und Kurse zu europaspezifischen Themen. Die Schwerpunkte sind dabei europäische Politik, Länderkunde und europäische Geschichte. Im Jahr 2015 wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt (Auswahl).

Europa allgemein

▪ 26.1.2015

Die europäische Asylpolitik zwischen Menschenrechtsschutz und Zuwanderungskontrolle, Vortrag

▪ 16.–23.9.2015

Wohin steuert Europa? Vortragsreihe über Finalität und Sicherheitspolitik

▪ 7.10.2015

Exodus – Warum Europa eine neue Flüchtlingspolitik braucht, Vortrag

▪ 9.10.2015

Was tun? Europa und die Flüchtlinge, Podiumsgespräch

Europa: Länder

▪ 14.1.2015

Polen zwischen Tusk und Kaczynski, Vortrag

▪ 14.1.–11.2.2015

Die Türkei von Atatürk bis Erdogan, Vortragsreihe

▪ 15.–30.6.2015

Bosnien-Herzegowina: 20 Jahre nach Srebrenica und Dayton, Vortragsreihe in Zusammenarbeit mit der LMU

▪ 13.11.2015

Italien im Kampf gegen Mafia und Korruption, Vortrag

▪ 24.11.–8.12.2015

Wo steht Russland heute? Vortragsreihe

Europa: Geschichte

▪ 20.1.–10.2.2015

Ost- und Mitteleuropa im Umbruch 1989, Vortragsreihe

▪ 21.3.2015

Europa und der Nationalsozialismus: Geschichte und Gedächtnis der Städte, Tagung

▪ 1.–29.9.2015

Europäische Friedensschlüsse, 1815–1990, Vortragsreihe

Europa in München

Vertretung der Europäischen Kommission in München

Entscheidungen der EU in Baden-Württemberg und Bayern bekannt und verständlich zu machen und eine informierte Debatte über europäische Themen anzustoßen – das ist die Aufgabe der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, Bob-van-Benthem-Platz 1, unter der Leitung von Joachim Menze.

www.ec.europa.eu/deutschland

Vertretung des Europäischen Parlaments

Die Informationsbüros sind das Bindeglied zwischen dem Europäischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern.

www.europarl.de

Mitglieder des Europäischen Parlaments aus Bayern

▪ Prof. Dr. Klaus Buchner, ÖDP, München

▪ Albert Deß, CSU, Neumarkt i. d. Oberpfalz

▪ Ismail Ertug, SPD, Regensburg

▪ Markus Ferber, CSU, Augsburg

▪ Thomas Händel, DIE LINKE, Fürth

▪ Monika Hohlmeier, CSU, Lichtenfels

▪ Barbara Lochbihler, Die Grünen, Kaufbeuren

▪ Ulrike Müller, Freie Wähler, Mitten-Wilhelms

▪ Dr. Angelika Niebler, CSU, Ebersberg

▪ Maria Noichl, SPD, Rosenheim

▪ Manfred Weber, CSU, Wildenberg

▪ Kerstin Westphal, SPD, Schweinfurt

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt München
Referat für Arbeit und Wirtschaft
Herzog-Wilhelm-Straße 15
80331 München
europa@muenchen.de
www.muenchen.de/europa

Redaktion

Anke Schlee, Landeshauptstadt München · Petra Pintscher, München

Gestaltung

Kochan & Partner GmbH, München

Druck

Bavaria Druck GmbH, München

Gedruckt auf Satimatt green, FSC-Mix, aus zertifiziertem Holz,
aus kontrollierten Quellen und aus Recyclingmaterial

April 2016
Heft Nummer 297

Bildnachweise

Titel world travel images-Fotolia.com; Getty Images; iStock.com/oversnap

- 3/4 Michael Nagy/Presseamt München
- 5 Referat für Arbeit und Wirtschaft
- 7/8 Günther Langer
- 11 Thissatan – Fotolia.com
- 13 Andreas Heddergott
- 16/17 Referat für Stadtplanung und Bauordnung
- 18/19 Abfallwirtschaftsbetrieb München, Frank Aussieker
- 20/21 Kommunalreferat, Trommeter-Szabó GbR
- 21 Referat für Arbeit und Wirtschaft
- 23 Anke Schlee
- 24/25 Eurocities
- 26 Hertha Pietsch-Zuber
- 27 Mathias Marschall
- 28 Kreisverwaltungsreferat
- 31 Erol Gurian Photography
- 32 Mercedes Nemeth
- 33 Margit Mayer
- 35 Markus Spring
- 36/37 Leonie Felle
- 38/39 Referat für Bildung und Sport
- 40/41 Sozialreferat
- 42/43 Sylvia Pinterits, Stephan Schott, Marco Hölzel,
Oliver Zadow, Wieland Schlehan
- 44/45 Personal- und Organisationsreferat
- 46/47 Stelle für internationale Angelegenheiten
- 48/49 Branddirektion München, Dr. Trebbe, Peter Pollet,
Feuerwehr Dortmund
- 50 Ingrid Grossmann
- 51 Baureferat

Die Publikation entstand dank der Mitarbeit und durch Beiträge aller städtischen Referate der Landeshauptstadt München im Fachbereich Europa des Referats für Arbeit und Wirtschaft unter der Leitung von Henriette Wägerle.

Haben Sie Rückfragen oder wünschen Sie weitere Informationen? Dann wenden Sie sich gerne an uns, wir bemühen uns, Ihnen weiterzuhelfen: europa@muenchen.de.

www.muenchen.de/europa

M  **DICH**
MÜNCHEN MAG DICH
EUROPA VERBINDET